

WIFIS-Aktuell

Das Wissenschaftliche Forum für Internationale Sicherheit (WIFIS) bemüht sich – in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins und als gemeinnützige Organisation –, die wissenschaftliche Diskussion auf dem Felde der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fördern und den Dialog zwischen Wissenschaft und Militär zu intensivieren.

Dies geschieht durch regelmäßige Tagungen und durch die Publikation einschlägiger wissenschaftlicher Arbeiten.

WIFIS hat es sich zur Aufgabe gemacht, Wissenschaftler aller Fachgebiete, Militärs, Beamte, Journalisten und Studenten zusammenzuführen, um sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen zu erörtern und die Ergebnisse der Debatten in Veröffentlichungen zur Diskussion zu stellen.

WIFIS veröffentlicht dafür neben seinen Buchprojekten in unregelmäßigen Abständen mit der Reihe WIFIS-AKTUELL Kurzbeiträge zu aktuellen Problemen der Sicherheitspolitik.

Professor Dr. Michael Staack
Präsident des Wissenschaftlichen Forums
für Internationale Sicherheit e.V

Gunther Hauser

**China –
eine Regionalmacht auf dem Weg
zur Supermacht**

EDITION TEMMEN

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© EDITION TEMMEN 2009
Hohenlohestr. 21 – 28209 Bremen
Tel. +49-421-34843-0 – Fax +49-421-348094
info@edition-temmen.de
www.edition-temmen.de
Alle Rechte vorbehalten
ISSN 1867-3015
ISBN 978-3-8378-4101-5

Inhalt

1. Einleitung.....	7
2. Die Beziehungen zwischen der EU und China.....	9
3. Die NATO-Dialoge mit China, Japan und Ozeanien.....	14
4. China und die USA – der Wettlauf um Energie.....	15
5. Die Taiwanfrage.....	19
6. China als Weltraummacht.....	22
7. China modernisiert das Militär.....	23
8. Die Beziehungen China – Japan.....	30
9. Die russisch-chinesischen Sicherheitsbeziehungen und Zentralasien.....	33
10. China und Nordkorea.....	36
11. China und die Finanzkrise ab Herbst 2008.....	41
12. Schlussfolgerungen.....	47
Literaturverzeichnis.....	51

1. Einleitung

Die Volksrepublik China ist das größte Entwicklungsland der Welt mit über 750 Millionen Arbeitskräften. 56 nationale Ethnien sind offiziell von der Staatsführung als Volksgruppen anerkannt. China überzeugt seit dem Beginn des Reform- und Öffnungsprozesses 1978 mit einer enormen wirtschaftlichen Entwicklung. Zwischen 1979 und 2007 betrug in China das jährliche durchschnittliche Wirtschaftswachstum 9,7 Prozent. Im Jahr 2003 überholte mit 53,5 Milliarden US-Dollar die Volksrepublik erstmals die USA als größtes Zielland für ausländische Direktinvestitionen.¹ Im Jahr 2006 hatte die Volksrepublik China nach amerikanischen Berechnungen Waren im Wert von 202 Milliarden US-Dollar mehr in die USA verkauft, als China aus den USA importiert hatte.² Für die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)³ wurde China inzwischen zum viertgrößten Handelspartner.⁴

In China wird mittlerweile auch ein beträchtlicher Teil der Gewinne für europäische Konzerne erwirtschaftet. Die Arbeitskosten waren 2006 mit einem Zweiundwanzigstel von Japan oder einem Dreizehntel von der Republik Korea (Südkorea) äußerst günstig, diese werden mit zunehmendem Wohlstand in der Volksrepublik – wie z.B. in Shanghai – schnell steigen. Derzeit gib es in China an die knapp 350.000 US-Dollar-Millionäre. Über 200.000 Studenten aus China sind mittlerweile im Ausland inskribiert, davon 150.000 in Japan.⁵

Das chinesische Statistikamt gab am 22. Januar 2009 bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2008 etwa 30 Billionen Yuan (rund 4,421 Billionen US-Dollar) betragen hat.⁶ China ist 2008 zur drittgrößten Wirtschaftsmacht – nach den USA und Japan und vor Deutschland –, und zwei Jahre zuvor bereits zur viertgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen.⁷ 2005 hatte China wirtschaftlich somit auch Italien, Frankreich

1 Aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18–24, S. 18.

2 Aus: Jutta Lietsch, Reden mit Bush, Abendessen mit Gates, in: *Die Presse*, 19.4.2006, S. 7.

3 Die ASEAN wurde am 8. August 1967 von Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand gegründet. 1984 wurde das Sultanat Brunei Mitglied der ASEAN, zwischen 1995 und 1999 schlossen sich Vietnam, Laos, Kambodscha und Myanmar der ASEAN an. Mehr zu ASEAN in: Michael Fuker, Die ASEAN-Charter. Stückwerk des regionalen Integrationsprozesses, AIES Fokus 3/2009, herausgegeben vom Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES), Maria Enzersdorf 2009.

4 Aus: White Paper: China's Peaceful Development Road. The State Council Information Office, People's Republic of China, Beijing, December 2005, S. 16.

5 Aus: James Kyngge, China Shakes the World. The Rise of a Hungry Nation, Phoenix Publishers, London 2007, S. 224.

6 Aus: China 2008: BIP-Wachstum gesunken – Inflation gestiegen, Russian News & Information Agency (RIA) Novosti, 22/01/2009 17:10 Uhr, <http://de.rian.ru/business/20090122/119755201-print.html>, ausgedruckt am 19.5.2009.

7 Aus: Johnny Erling, Globaler Wachstumsmotor China stottert in der Krise, in: *Der Standard*, 23.1.2009, S. 19.

und Großbritannien überholt.⁸ 2007 hatte die chinesische Wirtschaftsleistung allein um 13 Prozent zugelegt.⁹ In den letzten Jahren haben chinesische Manager begonnen, vermehrt europäische und amerikanische Firmen zu kaufen. So ging im Sommer 2005 der insolvente britische *Rover*-Konzern an die chinesische *Nanjing Corporation*. Ein Jahr zuvor kaufte die chinesische Computerfirma *Lenovo* den Personalcomputerbereich des US-Konzerns IBM. Der chinesische Elektrokonzern TCL hatte vor wenigen Jahren den TV-Hersteller *Thomson* (Frankreich) und die Elektrofirma *Schneider* (Deutschland) gekauft.

Unternehmen aus China, dem zweitgrößten Ölverbraucherland der Welt, sind seit einigen Jahren weltweit auf Einkaufstour, seitdem die Volksrepublik 1993 Netto-Ölimporteur geworden ist. China wurde somit nach den USA zweitgrößter Erdöl-Importeur.¹⁰ Die Hälfte der Importe stammen aus dem Nahen Osten, 15 Prozent davon aus dem Iran.¹¹

In China werden derzeit zwei Drittel aller DVD-Spieler oder anderer elektronischer Geräte produziert, weiter 75 Prozent der weltweit verkauften Spielwaren, 58 Prozent der weltweit verkauften Textilien und 29 Prozent aller weltweit hergestellten Mobiltelefone. Im Jahr 2007 wurden 83,5 Milliarden US-Dollar als ausländische Direktinvestitionen in das Land gebracht.¹² Für den außen- und wirtschaftspolitischen Erfolg Chinas tragen folgende Grundmuster Verantwortung: Pragmatismus, Flexibilität und Lernfähigkeit.

Die Volksrepublik ist seit Dezember 2001 Mitglied der Welthandelsorganisation WTO und gilt derzeit als der Wachstumsmarkt für amerikanische, europäische und russische Spitzentechnologie. China ist in zahlreichen Foren der umfassenden regionalen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit wie ASEAN + China, Japan und Republik Korea (Südkorea), die Shanghai Cooperation Organization (SCO), die Asia Pacific Economic Cooperation (APEC), das ASEAN Regional Forum und den Asia Cooperation Dialogue eingebunden. Zudem hat China eine bedeutende Rolle bei der Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel inne. Als Grundlage der chinesischen Außenpolitik gelten die folgenden Prinzipien: Einhaltung des gegenseitigen Respekts der Souveränität und territorialen Integrität; Vermeidung von Hegemonismus und Sicherung des Weltfriedens; fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz; Stärkung der Solidarität mit den Entwicklungsländern; Bekämpfung von Imperialismus und Kolonialismus; gegen-

8 Aus: Oliver Grimm, Chinas Volkswirtschaft überholt Großbritannien, in: *Die Presse*, 21.12.2005, S. 19.

9 Aus: Johnny Erling, Globaler Wachstumsmotor China stottert in der Krise, in: *Der Standard*, 23.1.2009, S. 19.

10 Aus: Jutta Lietsch, Der Heißhunger des Gelben Drachen, in: *Die Presse*, 15.4.2006, S. 2.

11 Ebenda.

12 Aus: United Nations Conference on Trade and Development, World Investment Report, Country fact sheet China, 25 September 2008.

seitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und Vereinigung Taiwans mit China sowie Gleichheit und gegenseitiger Nutzen.¹³

China gewinnt nicht nur aufgrund seiner Bevölkerungszahl von 1,3 Milliarden Menschen, seines politischen Gewichts durch einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und seines Nuklearmachtstatus, sondern auch vor allem aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen zunehmend an weltpolitischer Bedeutung. 2009 feierte China das 60-jährige Jubiläum der Gründung »of the system of multi-party cooperation and political consultation under the leadership of the Communist Party«.¹⁴

2. Die Beziehungen zwischen der EU und China

Obwohl es seit 1975 politisch-wirtschaftliche bzw. diplomatische Beziehungen zwischen den Institutionen der EG und der Volksrepublik China gibt, existiert erst seit 1994 ein formal eingerichteter Dialog. Seit Anfang 2002 finden regelmäßige Tagungen der außenpolitischen EU-Troika und der chinesischen Regierung statt. In erster Linie stehen dabei zwar wirtschaftliche Themen im Mittelpunkt, der politische Dialog – wie z.B. über Menschenrechte, das EU-Waffenembargo, die Taiwanfrage, Umweltprobleme, die wirksame Bekämpfung von Armut – wurden seit den 1990er Jahren jedoch zunehmend relevanter.

Mit Indien wurde auch die Volksrepublik China seit dem Ende des Kalten Krieges von großem politischem und wirtschaftlichem Interesse für die Staaten der EU und die USA¹⁵. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaften pflegten vorerst die intensiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China auf der Grundlage des Artikels 177 des EG-Vertrags mit folgenden Zielen:

13 Aus: Vortrag von Gregory Gleason (George C. Marshall Center, Garmisch-Partenkirchen) zum Thema »Foreign and Security Policy of China«, Peace Support Operations and Training Center (PSOTC), Camp Butmir, Sarajevo, February 27, 2009: China's Foreign Policy: 1. Maintaining Independence and safeguarding National Sovereignty; 2. Opposing Hegemonism and Safeguarding World Peace; 3. Upholding the Five Principles of Peaceful Coexistence; 4. Strengthening Solidarity of the Developing Countries, and Together opposing Imperialism and Colonialism; 5. Improving Relations with Developed Countries to Promote Common Progress; 6. Removing External Interference, Promoting China's Reunification.

14 Aus: Chinese President Hu calls for nationwide efforts to maintain economic stability, Xinhua, http://news.xinhuanet.com/english/2009-01/22/content_10704749.htm, ausgedruckt am 23.1.2009.

15 Die USA anerkannten nach dem chinesischen Bürgerkrieg und der Gründung der Volksrepublik China ausschließlich die Republik China (Nationalchina = Taiwan) an. Im Korea- und Vietnamkrieg unterstützte die Volksrepublik die Gegner der USA. Die USA wollte auch verhindern, dass die Volksrepublik 1971 den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat von Taiwan übernimmt. Entspannung brachten ein Geheimbesuch von US-Außenminister Henry Kissinger in Peking 1971 und die darauffolgende Ping-Pong-Diplomatie (Austausch von Tischtennis-Teams). Seit 1979 bestehen diplomatische Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA.

- nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung;
- allmähliche Integration von China als *Entwicklungsland* in die Weltwirtschaft;
- Kampf gegen die Armut.

Die weitere Basis für die EU-China-Beziehungen waren zunächst das Übereinkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Handel und Wirtschaft aus dem Jahr 1985 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China. In diesem Zusammenhang kommt es zu jährlichen Treffen innerhalb sektoraler Arbeitsgruppen. Zusätzlich wurden ein politischer Dialog mit einem jährlichen EU-China-Gipfel und ein Dialog in Menschenrechtsfragen etabliert. Die Europäische Kommission veröffentlichte zum Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit Asien und China Anfang September 2001 eine *Kommunikation* mit dem Titel »*Europe and Asia: A Strategic Framework for Enhanced Partnership*« sowie folgende China-spezifischen Papiere: »*A Long-term Policy for China-Europe Relations*« (1995), »*Building a Comprehensive Partnership for China*« (1998) sowie »*EU Strategy towards China: Implementation of the 1998 Communication and Future Steps for a More Effective EU Policy*« (2001). Im Strategiepapier der Europäischen Kommission (2007–2013) sind folgende drei Prioritäten für die Kooperation mit der Volksrepublik festgehalten:

- Unterstützung für Chinas Reformprogramm – sektorale Dialoge;
- nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Umweltschutz, Energieressourcen und wirtschaftliches Wachstum sowie Maßnahmen gegen den Klimawandel;
- verantwortungsvolles Regieren (*Good Governance*) zur Stärkung des Rechtsstaates, der Zivilgesellschaften und des Schutzes wirtschaftlicher, sozialer und ziviler Rechte.

Die EU ist inzwischen zum größten Handelspartner Chinas und zum größten Investor in der Volksrepublik geworden. Am 19. Mai 2000 wurden zwischen der EU und China erfolgreich Verhandlungen abgeschlossen, die zur Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation WTO führten – mit Wirkung vom 11. Dezember 2001. Der Handel zwischen China und den Europäischen Gemeinschaften bzw. der EU hat sich zwischen 1978 und 2006 weit mehr als verdreißigfacht, das Handelsvolumen erreichte im Jahr 2006 an die 272,3 Milliarden US-Dollar.¹⁶ Das Handelsvolumen mit den USA lag mit 262,7 Milliarden US-Dollar wie jenes mit Japan (207,4 Milliarden US-Dollar) knapp darunter.¹⁷ Das Handelsbilanzdefizit der EU mit China hatte 2008 an die 170 Milliarden

16 Aus: Pang Zhongying, On Sino-Europe »strategic partnership«, in: *International Review*, herausgegeben vom Shanghai Institute for International Studies, Spring 2007, Volume 46, S. 1–19, S. 6.

17 Ebenda.

Euro erreicht, um 10 Milliarden Euro mehr als 2007. Die Exporte nach China betragen 78 Milliarden Euro, die Importe aus China lagen indes bei 248 Milliarden Euro. Zum Vergleich: 2000 summierten sich die Ausfuhren auf 26 Milliarden Euro, die Importe auf 75 Milliarden Euro.¹⁸

Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen bilden insbesondere die große Abwanderung europäischer Konzerne nach China und die massiven Produktfälschungen seitens chinesischer Firmen. Die Lohndifferenzen z.B. zwischen Deutschland und China sind enorm; sechs Chinesen kosten im Jahr so viel wie ein deutscher Arbeitnehmer.¹⁹ Zudem lässt die EU zu, dass europäischen Firmen, die auf den chinesischen Markt drängen, immer neue Hindernisse seitens der chinesischen Bürokratie in den Weg gelegt werden.²⁰

Nach der blutigen Niederschlagung des Studentenaufstandes am Tiananmen-Platz²¹ am 4. Juni 1989 beschlossen die Mitgliedstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaften, ein Waffenembargo gegen die Volksrepublik China zu verhängen. Frankreich und Deutschland unterstützten zwar die luxemburgische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2005 in ihrem Bemühen, das EU-Waffenembargo gegen die Volksrepublik China aufzuheben. Die USA und Japan äußerten demgegenüber ihre Bedenken. Vor allem die USA beriefen sich auf die nicht zufrieden stellende Menschenrechtssituation in der Volksrepublik sowie auf die politischen Spannungen zwischen den Regierungen in Peking und Taipeh betreffend die Unabhängigkeit der Republik China (Taiwan). Großbritannien bremste die Intentionen, das Waffenembargo aufzuheben, und versuchte, um Verständnis für die Bedenken der USA zu werben. Die Beibehaltung des Waffenembargos gilt vor allem auch für *Dual-use*-Güter, also für hochwertige Technologie, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke benutzt werden können. Der US-Kongress bereitete Strafen gegen die EU vor, sollte diese eine Aufhebung des Waffenembargos gegen China beschließen. Republikanische Politiker in Washington setzten sich in einem solchen Fall dafür ein, Rüstungseinfuhren aus EU-Staaten um bis zu zwanzig Prozent zu kürzen. Die europäischen Partner hätten sich demnach einstellen müssen, beim größten amerikanischen Kampfflugzeugprojekt, dem *Joint Strike Fighter* (JSF), ausgeschlossen zu werden. Das JSF-Konsortium, an dem auch die

18 Aus: Sabine Berger, EU: 170 Milliarden € Handelsdefizit mit China, in: *Wirtschaftsblatt*, 18.5.2009, 21:34 Uhr, <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/374935/index.do>, ausgedruckt am 20.5.2009.

19 Gemäß den Ausführungen von Dr. Heinrich von Pierer, Siemens Deutschland, auf der Tagung »Wirtschaftsordnung mit menschlichem Antlitz«, Veranstaltung der Katholischen Akademie in Bayern, 22.11.2005.

20 Aus: Peking hat für EU nur »Geringschätzung« übrig, in: *Die Presse*, 18.4.2009, S. 6.

21 150.000 Soldaten rückten in der Nacht zum 4. Juni 1989 in Peking ein und wälzten Barrikaden nieder. Offiziell starben dabei 241 Menschen. Berühmt wurde jener Mann, der am 5. Juni 1989 mehrere T-59-Tanks längere Zeit aufhielt. Bis heute ist seine Identität ungeklärt. Aus: *Die Presse am Sonntag*, 31.5.2009, S. 5.

europäische *EADS* und die britische *Bae Systems* beteiligt sind, wird vom US-Luft- und Raumfahrtkonzern *Lockheed Martin* geleitet.²² Mitte April 2005 entfernte sich die EU schrittweise von ihrem Vorhaben, das Waffenembargo gegen China aufzuheben. Am 14. April 2005 beschlossen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mehrheitlich, das Embargo nicht aufzuheben.

Das EU-Waffenembargo bedeutet keineswegs, dass tatsächlich keine Waffen von der EU nach China geliefert werden dürfen. Fünf EU-Staaten hatten z.B. 2003 insgesamt 159 Exportgenehmigungen für Waffenverkäufe an China ausgestellt. Innerhalb von zwei Jahren hatten sich dabei die Verkäufe auf immerhin 415 Millionen Euro verachtfacht. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten können beim Waffenembargo jederzeit über Ausnahmen bestimmen und müssen die EU lediglich über die beschlossenen Ausnahmen informieren. So konnte China Helikopter von EADS und deutsche Dieselmotoren für die Marine sowie britische Triebwerke für Kampfflugzeuge erwerben. Allein Großbritannien hatte zwischen 1999 und 2006 Waffen im Wert von 500 Millionen Pfund nach China geliefert.²³

Eberhard Sandschneider von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin bemängelt, dass die EU keine einheitliche Chinapolitik hat. Die chinesische Außenpolitik ist äußerst pragmatisch. Die chinesische Führung »weiß, dass es die Europäer gegeneinander ausspielen kann. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass uns China künftig sehr viel selbstbewusster und härter entgegentritt.«²⁴

Der Think Tank »*European Council for Foreign Relations*« kommt in seiner Bewertung der Beziehungen zwischen der EU und China zu dem ernüchternden Ergebnis, dass sich die EU gegenüber China verzagt und naiv verhält, während China der EU mit »diplomatischer Geringschätzung« begegne.²⁵ Der chinesische Akademiker Pan Wei beschreibt in der Studie die Einschätzung der Führungselite seines Landes wie folgt:

»Die EU ist schwach, politisch gespalten und militärisch ohne Einfluss. Wirtschaftlich ist sie ein Gigant, den wir allerdings nicht länger fürchten. Denn wir wissen, dass die EU China mehr braucht, als China die EU braucht.«²⁶

22 Aus: USA drohen EU mit Sanktionen, in: *Die Presse*, 25.3.2005, S. 5.

23 Aus: Government breached own guidelines on arms exports, says report, *The Guardian*, <http://www.guardian.co.uk>, 21.5.2007.

24 Aus: Christian Gattringer, »Peking spielt uns gegeneinander aus«, Interview mit Eberhard Sandschneider, in: *Die Presse*, 6.12.2008, S. 7.

25 Aus: Peking hat für EU nur »Geringschätzung« übrig, in: *Die Presse*, 18.4.2009, S. 6.

26 Ebenda.

In Menschenrechtsfragen hätten 20 Jahre ständiges Predigen seitens der EU überhaupt nichts gebracht – weder bei der Todesstrafe noch in Sachen Religionsfreiheit. Es sei Peking gelungen, den Menschenrechtsdialog zu einer »*ergebnislosen Quatschrunde*« umzufunktionieren. In der Außenpolitik würden Anstrengungen der EU, repressive Regime wie in Myanmar, im Sudan oder in Simbabwe zu einem anständigeren Verhalten zu bewegen, von China unterminiert. Der Europäische Rat ist deshalb aufgerufen, eine komplette Revision seiner China-Politik vorzunehmen.²⁷ Die EU behandelt China noch immer eher als Entwicklungsland denn als eine kommende Weltmacht. Dazu gehört es seitens der EU klarzustellen, die Aufhebung des Waffenembargos an gewisse Bedingungen zu knüpfen (wie z.B. Ächtung von despotischen Regimes seitens Chinas), und vehementer zu betonen, dass die EU jegliche Beschränkung ihres Rechts, mit dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter, dem Dalai Lama, zusammenzutreffen, auf das Schärfste zurückweise.

China äußerte öfters vehement seine Ablehnung gegenüber Besuchen des Dalai Lama in Mitgliedstaaten der EU. Im März 2009 lud sogar Südafrika auf chinesischen Druck hin den zuvor eingeladenen Dalai Lama wieder aus: Zu einer Ende März 2009 geplanten Konferenz als Vorbereitung zur Fußballweltmeisterschaft 2010 waren in Johannesburg Friedensnobelpreisträger wie Nelson Mandela, Frederik Willem de Klerk, Erzbischof Desmond Tutu und ursprünglich auch das geistliche Oberhaupt der Tibeter geladen. Dabei sollte die Frage, was Fußball zur Überwindung von Rassismus und Fremdenhass beitragen könne, erörtert werden. Südafrika verweigerte dem Dalai Lama schließlich das Einreisevisum. Die Konferenz wurde daraufhin – nach heftigen Protesten – von den Organisatoren abgesagt. Präsidentensprecher Thabo Masebe begründete die Verweigerung des Visums wie folgt: »*Ein Besuch des Dalai Lama würde nur die Aufmerksamkeit weg von Südafrika hin zu Tibet-Fragen lenken.*« Masebe hatte jedoch geleugnet, dass die Verweigerung der Einreise für den Dalai Lama auf Druck Chinas hin erfolgte. Der Sprecher der Botschaft Chinas in Pretoria, Dai Bing, entgegnete: »*Selbstverständlich habe Peking darauf hingewiesen, dass ein Besuch des Dalai Lama den bilateralen Beziehungen sehr schaden könne.*«²⁸ In Peking warnte Außenamtssprecher Qin Gang jede Regierung, die »*offizielle Kontakte mit dem Dalai Lama unterhält oder ihm eine Plattform für seine spalterischen Aktivitäten bietet.*«²⁹

27 Ebenda.

28 Aus: China sorgt für Image-Desaster, in: *Die Presse*, 25.3.2009, S. 5.

29 Ebenda.

3. Die NATO-Dialoge mit China, Japan und Ozeanien

Während die EU vor allem wirtschaftliche und politische Beziehungen mit China ausbaut, konzentriert sich die NATO auf die rein sicherheitspolitische Vertiefung der Beziehungen zur Volksrepublik. Diese Beziehungen lagen nach der Bombardierung der Botschaft der Volksrepublik in Belgrad im Mai 1999 für mehrere Jahre auf Eis. Seit der Übernahme des ISAF-Kommandos in Afghanistan durch die NATO im August 2003 infolge der Terroranschläge gegen die USA vom 11. September 2001 sowie der Erweiterung der NATO und der vertieften Zusammenarbeit innerhalb der NATO-Partnerschaft für den Frieden – gerade auch mit zentralasiatischen Staaten – und der Neuausrichtung der Beziehungen innerhalb des NATO-Russland-Rates hatte sich die NATO zum Ziel gesetzt, auch die diplomatischen Beziehungen mit der kommunistischen Führung Chinas aufzunehmen. Im Sommer 2004 besuchte eine hochrangige chinesische Delegation das NATO-Hauptquartier (NATO HQ) in Brüssel. Wissenschaftler aus Peking und Shanghai diskutierten im NATO HQ über internationale Sicherheitspolitik. Der Dialog mit der Volksrepublik China orientiert sich an den bereits seit 1998 geführten Dialogen mit Japan, Australien, Neuseeland und Argentinien. Mit diesen sogenannten *contact countries* kooperiert die NATO bereits in verschiedenen Bereichen, vor allem auf der Ebene der Politischen Direktoren. Mit China soll sich der Dialog vertiefen und das gegenseitige politische Verständnis verbessern.³⁰

Wie das Beispiel Japan verdeutlicht, treffen sich hohe Vertreter der NATO und Japans innerhalb dieses Dialoges zweimal jährlich.³¹ Für die Durchführung weltweiter Krisenoperationen sollen die Streitkräfte Neuseelands, Australiens und auch künftig Japans mit jenen der Mitgliedstaaten der NATO und den Teilnehmerstaaten der NATO-Partnerschaft für den Frieden interoperabel werden. Bedingt durch die Tatsache, dass die NATO eine Operation in Afghanistan (ISAF – *International Security Assistance Force*) leitet und im Irak eine *Trainingsmission* zur Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte durchführt, haben auch China und Pakistan Interesse bekundet, mit der Nordatlantischen Allianz in einen stärkeren Dialog zu treten. Die EU und die NATO beabsichtigen, ihre strategischen Partnerschaften mit unterschiedlichen, jedoch gegenseitig sich ergänzenden Schwerpunkten, auch mit ost- und zentralasiatischen Staaten, auszubauen – zur Erreichung umfassender Stabilitätsmaßnahmen in diesen Regionen.

30 Aus: NATO-China – Strategische Partnerschaft?, in: *Europäische Sicherheit* 4/2005, S. 74.

31 Quelle: Speech by NATO Secretary General, Jaap de Hoop Scheffer, Tokyo, Japan, 4 April 2005.

4. China und die USA – der Wettlauf um Energie

Die USA werten China als möglichen strategischen Gegenspieler in der Pazifikregion und als ökonomischen Billigexporteur, der als »Fabrik der Welt« die US-Märkte bedrängt. Beide Staaten ringen zudem vermehrt um Arbeitsplätze, Ressourcen und um die globale Vorherrschaft. Im Jahr 2004 sah der Vergleich zwischen den USA und China wie folgt aus³²:

	USA	China
Bevölkerung (in Mio.)	293	1.300
(BIP) in Mrd. US-Dollar	11.734	1.662
Wachstum (real, in Prozent)	4,2	9,5
Außenhandel (Exporte in das jeweilige Land in Mrd. US-Dollar)	34,7	196,7
Direktinvestitionen (weltweiter Zufluss in Mrd. US-Dollar 2004)	121	62
Militärausgaben (in Mrd. US-Dollar) ³³	453,6	30

Bezeichneten die USA ihre Beziehungen zu China während der Präsidentschaft Bill Clintons als *strategische Partnerschaft*, so bewertete die Regierung von George W. Bush sie als *strategische Konkurrenz*.³⁴ China ist vor allem hauptverantwortlich für das größte Handelsdefizit in der amerikanischen Geschichte. Die chinesischen Exporte in die USA sind zwischen 1990 und 2002 allein um 1200 Prozent gestiegen.³⁵ Die Devisenreserven in der Chinesischen Zentralbank erreichten im Jahr 2009 über 1,95 Billionen US-Dollar (ca. 1,5 Billionen Euro).³⁶ Das ist zwölf Mal mehr Geld, als die Länder der Eurozone zum Schutz gegen Turbulenzen an den Finanzmärkten Ende 2008 zur Verfügung hatten. Mehr als 28 Prozent der gesamten Reserven aller Staaten waren Ende 2008 bereits unter

32 Grafik aus: *Der Spiegel* 32/2005, S. 74f.

33 Seit dem Amtsantritt von George W. Bush im Jahr 2001 ist der Verteidigungshaushalt der USA um 41 Prozent gestiegen. Für 2005 bewilligte der Kongress im Februar dieses Jahres bereits 82 Milliarden US-Dollar sogenannter *emergency supplemental appropriations* – also zusätzliche Mittel für unerwartete Kosten durch laufende Einsätze in Irak und Afghanistan. Aus: Benjamin Schreer, Entwicklungsperspektiven des amerikanischen Verteidigungshaushaltes, aus: *Europäische Sicherheit* 4/2005, S. 66–67, S. 66.

34 Aus: Heinz Brill, Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: *ÖMZ* 5/2002, S. 539–546, S. 542.

35 Ebenda.

36 Aus: Johnny Erling, Clinton rückt von Menschenrechtsfragen ab, in: *Der Standard*, 23.2.2009, S. 4.

Kontrolle Chinas.³⁷ Die zweitgrößten Devisenreserven der Welt besaß Ende 2008 Japan mit 997 Milliarden US-Dollar, Taiwan war zu dieser Zeit mit 282 Milliarden US-Dollar an Devisenreserven an 5. Stelle, Südkorea mit 212 Milliarden US-Dollar an 7. Stelle im weltweiten Vergleich platziert. Indien besaß Ende 2008 rund 253 Milliarden US-Dollar an Devisenreserven.³⁸

Die Volksrepublik verbraucht pro Kopf und pro Jahr 1,5 Barrel Erdöl, die USA konsumieren dagegen das 17-fache. Die chinesische Rohölförderung belief sich im Jahr 2002 auf 169 Millionen Tonnen, damit war China der sechstgrößte Produzent der Welt. Mit 69,4 Millionen Tonnen musste China jedoch ein Drittel seines Erdöls importieren, davon 56 Prozent aus dem Nahen Osten. Bis 2010 müssen voraussichtlich über 50 Prozent und bis 2030 über 80 Prozent des Erdölbedarfs aus Importen gedeckt werden. Dabei steigt Chinas Weltenergiebedarf von fünf Prozent in den 1970er Jahren auf voraussichtlich 15 Prozent im Jahr 2020.³⁹ Chinas Nachfrage nach Rohöl hat sich zwischen 1995 und 2005 verdoppelt und wird sich bis 2015 voraussichtlich noch weiter verdoppeln. Bis 2020 wird China 7,3 Millionen Barrel Rohöl pro Tag importieren – das entspricht der Hälfte der Produktion in Saudi-Arabien aus 2007.⁴⁰ Öl aus dem Mittleren Osten wird hauptsächlich in den Fernen Osten exportiert, insbesondere nach China, Japan und Südkorea. Saudi-Arabien ist für China der bedeutendste Erdöllieferant.⁴¹

Die USA sind dazu übergegangen, ihre *strategische Industrie* auch gegen übergroßen chinesischen Einfluss zu schützen. Eine Übernahme des US-Konzerns UNOCAL durch das chinesische Ölunternehmen CNOOC war 2005 am politischen Widerstand in den USA gescheitert. CNOOC hatte dafür 18,4 Milliarden US-Dollar geboten. UNOCAL wurde daraufhin von seinem amerikanischen Konkurrenten Chevron für einen niedrigeren Preis übernommen (16,4 Milliarden US-Dollar).⁴²

37 Aus: Oliver Grimm, China: was tun mit zwei Bio. Dollar?, in: *Die Presse*, 1.12.2008, S. 1.

38 Aus: Wendell Minnick, Closer China-Taiwan Ties Point to Change in 2009, in: *Defense News*, December 15, 2008, S. 31.

39 Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18–24, S. 21.

40 Aus: Robert Kaplan, Center Stage for the 21st Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, ausgedruckt am 17.3.2009.

41 So James A. Placke, Senior Associate, Cambridge Energy Research Associates, Former Deputy Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs, U.S. Department of State, während seines Vortrages zum Thema »U.S. Energy Security: Focused on Production« am 5.10.2005 im Amerika-Haus, Wien.

42 Aus: Jeremy Martin, CNOOC, Chevron and Unocal: Mergers, money, politics, in: *The San Diego Union-Tribune*, <http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20050805/news/z1e5martin.html>, August 5, 2005, ausgedruckt am 20.5.2009.

Für die USA und China wird vor allem Afrika zunehmend relevanter. Die afrikanische Westküste mit ihrem Erdölreichtum von Angola bis nach Nigeria gewinnt zunehmend an strategischer Bedeutung, vor allem auch deshalb, weil die USA in diesem Raum verstärkt für sich neue Ölquellen sichern will mit dem Ziel, weniger vom Erdöl aus der Region des Mittleren Ostens abhängig zu sein. Dadurch erhoffen sich viele Menschen an der westafrikanischen Küste – vor allem Regierungen und Militärs der betroffenen Staaten –, von den zunehmenden wirtschaftlichen Interessen großer Mächte in diesem Raum schnell zu profitieren und reich zu werden.⁴³ Der bilaterale Handel zwischen China und Afrika hat sich zwischen 2000 und 2006 verfünffacht – von zehn Milliarden US-Dollar auf 55 Milliarden US-Dollar – und wird voraussichtlich 100 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 betragen.⁴⁴ China betreibt in Afrika etwa 900 Unternehmen.⁴⁵ Zwischen 2004 und 2007 hatte China allein in Angola drei Milliarden US-Dollar investiert und im September 2007 eine Anleihe im Wert von fünf Milliarden US-Dollar für die Demokratische Volksrepublik Kongo bereitgestellt.⁴⁶ Neue Investitionen im Energiebereich sind auch im Tschad geplant.

China unterhält enge Energiebeziehungen zu der aufgrund des Konfliktes in Darfur international geächteten Regierung in Khartum (Sudan). In zehn Jahren hatte China 15 Milliarden US-Dollar in den Sudan investiert, in nahezu alle Sektoren der Wirtschaft.⁴⁷ 750 Millionen US-Dollar stellte China allein für die Erneuerung des internationalen Flughafens in Khartum zur Verfügung.⁴⁸ Die nachgewiesenen Ölreserven des Sudan werden mit 563 Millionen Barrel angegeben. Weil die Erdölsuche durch die Kriege auf nur wenige Regionen eingeschränkt war, vermutet das Energieministerium im Sudan, dass bis zu fünf Milliarden Barrel Rohöl sich in diesem Raum befinden. Bei der Ausbeutung der Ölreserven sind chinesische, malaysische und indische Firmen aktiv.⁴⁹ Hauptförderer des Öls sind derzeit Chinesen. Der staatliche Ölkonzern CNPC beteiligt sich führend an der Ölförderung nahe der Hauptstadt Khartum. Über eine Tochterfirma baute das Unternehmen eine 1650 Kilometer lange Pipeline zum Roten Meer (Port Sudan) sowie eine Raffinerie mit einer Kapazität von 2,5 Millionen Tonnen. Mittlerweile deckt der Sudan bis zu acht Prozent der gesamten chinesischen Ölimporte. Aufgrund des chinesischen Vetorechts im

43 Aus: Soldiers overthrow government in Sao Tomé, in: *International Herald Tribune*, 17.7.2003, S. 2.

44 Aus: Serge Michel und Michel Beuret, *La Chinafrique*, Paris 2008, S. 13.

45 Ebenda.

46 Aus: Stephanie Kleine-Ahlbrandt und Andrew Small, China's New Dictatorship Diplomacy. Is Beijing Parting With Pariahs?, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008, S. 38–56, S. 53.

47 Aus: Serge Michel und Michel Beuret, *La Chinafrique*, Paris 2008, S. 241.

48 Ebenda.

49 Quelle: Energy Information Administration, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/sudan.html>, abgedruckt in: Gerald Hainzl, Sudan – Zwischen Krieg ... und Frieden, IFK Aktuell I/05 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik, hrsg. von Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie, Wien, im April 2005, S. 3.

UNO-Sicherheitsrat braucht der Sudan im Gegenzug kaum internationale Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen zu fürchten.⁵⁰

Der US-kritische Präsident Venezuelas, Hugo Chávez⁵¹, sieht auch in China den neuen wichtigen Ölmarkt. Venezuela ist viertwichtigster Öllieferant der Welt und für 15 Prozent der US-Importe verantwortlich.⁵² Auf der Suche nach Rohstoffen interessiert sich China auch für Erdöl aus dem Iran. Im Iran schloss Chinas Ölkonzern *Sinopec* das bisher größte Energiegeschäft des Mullah-Staates im Umfang von 70 Milliarden US-Dollar. Für 30 Jahre sicherte sich China 250 Millionen Tonnen Flüssigerdgas, überdies beteiligt sich *Sinopec* verstärkt an der Rohölförderung im Iran.⁵³

China verbraucht 6,7 Millionen Fass Erdöl pro Tag, bereits mehr als Japan, aber bloß ein Drittel der USA. Bis zum Jahr 2010 wird der Verbrauch Chinas auf zehn Millionen Fass steigen, was etwa der Fördermenge Russlands entspricht.⁵⁴ Mehr als 85 Prozent des Öls und der Ölprodukte, die für China bestimmt sind, werden auf dem Indischen Ozean transportiert und passieren die Straße von Malakka, ein Seeweg, auf dem 40 Prozent des weltweiten Handels transportiert wird.⁵⁵ Hier resultiert für China das sogenannte *Malakka-Dilemma*, da China von diesem Seeweg, der aufgrund der enormen Piratenpräsenz zu den gefährlichsten Seerouten der Welt zählt, ziemlich abhängig ist. China hofft deshalb, künftig mehr Öl vom Indischen Ozean von Häfen in Myanmar oder Pakistan aus auf dem Landweg nach China zu transportieren. Im Gegensatz dazu befindet sich Indien im *Hormuz-Dilemma*. Indien ist vom Transport von Erdöl und Erdgas auf dieser Seeroute enorm abhängig. 40 Prozent des gesamten Weltrohölhandels passiert die Straße von Hormuz. Insgesamt werden 90 Prozent des globalen Handels und ca. 65 Prozent des gesamten Öls auf dem Seeweg transportiert.⁵⁶ Im Jahr 2030 wird Indien der bevölkerungsreichste

50 Daten aus: Frank Hornig/Wieland Wagner, Duell der Giganten, in: *Der Spiegel* 32/2005, S. 74–88, S. 88.

51 Hugo Chávez kam im Jahr 1999 an die Macht. Er zog gleich die Aufmerksamkeit der USA auf sich, als er die Verstaatlichung der Erdölindustrie einleitete und dadurch US-Ölfirmen ihre Privilegien verloren. Die Freundschaft von Chávez mit dem kubanischen Präsidenten Fidel Castro steigerte die Antipathie der USA gegenüber ihm noch zusätzlich. Mitglieder der US-Regierung beschuldigten Chávez der Begünstigung des linken und muslimischen Terrorismus. Chávez dagegen behauptete, dass die amerikanische Regierung ein Attentat auf ihn plane.

52 Aus: Chávez dreht am amerikanischen Ölhahn, in: *Die Presse*, 18.8.2005, S. 6.

53 Ebenda.

54 Aus: Energiepolitische Kehrtwende: Russland beteiligt China an Ölfirmen, in: *Die Presse*, 31.12.2004, S. 26.

55 Aus: Robert Kaplan, Center Stage for the 21st Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, ausgedruckt am 17.3.2009, S. 2.

56 Ebenda, S. 2.

Staat der Welt sein. Die Weltenergienachfrage wird sich zwischen 2006 und 2030 um 45 Prozent erhöhen, und ca. die Hälfte des Wachstums wird von Indien und China kommen.⁵⁷

China hat bereits seine »Perlenkette-Strategie« beschlossen, die besagt: Eine Reihe von Häfen soll in befreundeten Staaten – an der nördlichen Küste des Indischen Ozeans – errichtet oder ausgebaut werden, um Erdöl am Landweg nach China zu transportieren. Die Volksrepublik baut eine große Marinebasis in Gwadar (Pakistan), von wo es auch den Schiffsverkehr durch die Straße von Hormuz überwachen kann, sowie in Pasni (Pakistan), 75 Meilen östlich von Gwadar, und ein Containerzentrum in Chittagong (Bangladesh). Zudem unterhält China auch Überwachungseinrichtungen auf den Inseln in der Bucht von Bengalen.⁵⁸ In Myanmar bekommt die Militärjunta Milliarden von US-Dollar aus China, China konstruiert im Gegenzug Straßen, Wasserwege und Pipelines, um die Bucht von Bengalen mit der südchinesischen Provinz Yunnan zu verbinden. China beabsichtigt auch, einen Kanal durch den Isthmus von Kra (Thailand) zu bauen, um den Indischen Ozean mit der Pazifikküste Chinas zu verbinden – ein Projekt ähnlich dem Panamakanal.⁵⁹ Sowohl der chinesische Hafen in Gwadar (Pakistan) als auch der indische Hafen in Chah Bahar/Iran sollen mit öl- und gasreichen Gebieten in Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan verbunden werden. Da mit Hilfe chinesischer Waffenlieferungen an Sri Lanka am 18. Mai 2009 offiziell der Krieg mit den »Befreiungstigern von Tamil Eelam/LTTE« beendet wurde, ist es seitens der Regierung in Colombo China gestattet, auch einen Hafen im Norden Sri Lankas – also in den ehemaligen von der LTTE kontrollierten Gebieten – zu errichten.⁶⁰ Dieser steigende Einfluss von China und Indien am Indischen Ozean bedeutet für die USA eine enorme geopolitische Herausforderung.⁶¹

5. Die Taiwanfrage

Seit sich die militärisch geschlagenen Nationalisten 1949 auf Taiwan zurückzogen, wollten die auf dem Festland siegreichen Kommunisten die Insel mit ihren 23 Millionen Einwohnern wieder unter die politische Kontrolle Pekings bringen, wenn nötig auch mit Gewalt. Peking verlangt, dass die Regierung in Taiwan die *Ein-China-Politik* anerkenne. Es gibt demnach nur ein China und das Festland und Taiwan sind nur Teile davon.⁶² 1972

57 Ebenda, S. 3.

58 Ebenda, S. 3f.

59 Ebenda, S. 4.

60 Aus: Zeit im Bild 1, ORF (Österreichischer Rundfunk), 18.5.2009, ca. 19.40 Uhr.

61 Aus: Robert Kaplan, Center Stage for the 21st Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, ausgedruckt am 17.3.2009, S. 4.

62 So Artikel 2 des Antisepessionsgesetzes vom 14. März 2005: »*There is only one China in the world. Both the mainland and Taiwan belong to one China ...*«. Aus: Anti Secession Law, Adopted at the Third Session of the Tenth National People's Congress on March 14, 2005.

formulierte die USA ihre Haltung zu Taiwan; die USA erkennen den Anspruch Pekings auf die Insel an, verlangen jedoch eine friedliche Lösung, die auf beiden Seiten der Straße von Taiwan akzeptiert werden soll. Taiwans Nationalisten reklamierten ebenfalls einen Führungsanspruch auf Gesamt-China. Im *Taiwan Relations Act* von 1979 erklärte sich die USA bereit, Taiwan militärisch zu unterstützen und dem Land militärisch beizustehen. Mitte 2001 wurde seitens der USA der seit Jahrzehnten größten Waffenlieferung nach Taiwan zugestimmt. Sie bestand unter anderem aus zwölf *Orion P-3C*-Flugzeugen zum Aufspüren von U-Booten, vier Zerstörern der *Kidd*-Klasse und acht konventionellen U-Booten mit Dieselantrieb.⁶³ Zudem lieferte die USA nach Taiwan insgesamt auch an die 200 Kampfflugzeuge der Typen F-16 C und D sowie PAC-III-Luftabwehrsysteme.⁶⁴

Als 1999 der damalige taiwanesisische Präsident Lee Teng-hui die seit 1992 laufenden Gespräche mit Peking als *spezielle zwischenstaatliche Beziehungen* definierte, brach die Volksrepublik den Dialog ab. China ist heute größter Handelspartner Taiwans, eine Million Taiwanesen sind geschäftlich in China tätig.⁶⁵ 2001 gingen bereits 20 Prozent der taiwanesischen Exporte nach China. In der ersten Jahreshälfte 2002 wurde für Taiwan die Volksrepublik China und nicht mehr die USA wichtigster Absatzmarkt für taiwanesisische Produkte. Als Ergebnis von wirtschaftlichen Erleichterungen erhöhte sich allein die Anzahl der offiziellen taiwanesischen Investitionen in der Volksrepublik im Jahr 2002 um 258 Prozent (!), im Hochtechnologiebereich sogar um etwas mehr.⁶⁶

China sieht die Insel Taiwan als abtrünnige Provinz an und spricht ihr jeden internationalen Status ab. Obwohl sich der wirtschaftliche Austausch zwischen den beiden Seiten stark entwickelt hat, sind die politischen Beziehungen weiterhin abgekühlt. Sie könnten sich zuspitzen, wenn Taiwans Führung Verfassungsänderungen durchsetzt, die Peking als Schritte zur Abspaltung versteht. Auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) in Peking ist am 8. März 2005 ein Entwurf für ein Antisezessionsgesetz eingebracht worden, das die legislative Handhabe für eine Invasion Taiwans darstellt, falls sich Taiwan unabhängig erklären sollte. Vor den rund 3000 Delegierten des NVK sagte Wang Zhaoguo, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen NVK-Ausschusses, taiwanesische Unabhängigkeitskräfte bedrohten ernsthaft die Souveränität und territoriale Integrität Chinas.⁶⁷ Sie gefährdeten demnach die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung

63 Aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18–24, S. 23.

64 Ebenda.

65 Aus: Otto Mann, Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: *Die Presse*, 9.3.2005, S. 7.

66 Aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18–24, S. 23.

67 In Artikel 2 Absatz 2 des Antisezessionsgesetzes heißt es dazu: »*Taiwan is part of China. The State shall never allow the ›Taiwan independence‹ secessionist forces to make Taiwan secede from China under any*

und unterminierten Frieden und Stabilität in der Region. Das am 14. März 2005 vom NVK beschlossene Antisezessionsgesetz nennt die friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan als Hauptziel, droht aber zugleich gemäß Artikel 8 »nicht-friedliche Mittel und andere notwendige Maßnahmen« für den Ernstfall an.⁶⁸

Gemäß Ministerpräsident Wen Jiabao sei das Antisezessionsgesetz aber »kein Kriegsgesetz«.⁶⁹ Die chinesische Armee konzentriert gegenüber von Taiwan ca. 400.000 Soldaten, darunter die meisten der 18 *Quantou* (Faust)-Elitedivisionen für mobile Kriegführung. Dazu sind mindestens auch 1.300 Boden-Boden-Raketen gegen Taiwan gerichtet.⁷⁰ Pro Jahr kamen bis 2007 noch zwischen 70 und 75 Raketen dazu.⁷¹ 100 bis 200 Raketen reichen aus, um die Startbahnen der Luftwaffe Taiwans zu zerstören. 100 Raketen mehr würden benötigt werden, um die Marinestützpunkte Taiwans außer Gefecht zu setzen.⁷²

Die meisten Staaten der Welt, darunter auch Indien, Russland, die USA sowie die EU anerkennen die Ein-China-Politik der Volksrepublik China. Ein wesentlicher Grund für China, Taiwan so rasch wie möglich territorial zu integrieren, besteht auch darin, seine Marineeinheiten vor Taiwan abzuziehen und diese für die Energiesicherung an den Indischen Ozean zu verlegen.⁷³

Gemäß dem Weißbuch 2009 zur nationalen Verteidigung Chinas unterscheidet sich jedoch die Einschätzung des Verhältnisses zu Taiwan seitens der Regierung in Peking drastisch von jener aus dem Jahr 2007. Seit der Wahl von Ma Ying-jeou zum taiwanesischen Präsidenten 2008 hätten sich demnach die Beziehungen zu Peking stark verbessert. Insbesondere die Abkehr vom Unabhängigkeitskurs seines Vorgängers Chen Shui-bian wird in Peking »mit großer Genugtuung« registriert: Die Bestrebungen der »separatistischen Kräfte« seien somit durchkreuzt worden, die Sicherheitslage an der Straße von Taiwan habe insgesamt eine positive Wendung genommen. Die »nationale Stärke« Chinas sei dadurch größer geworden.⁷⁴

name or by any means.« Aus: Anti Secession Law, Adopted at the Third Session of the Tenth National People's Congress on March 14, 2005.

68 Aus: Otto Mann, Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: *Die Presse*, 9.3.2005, S. 7. Der Gesetzestext selbst ist abgedruckt unter http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-03/14/contents_424643.htm. Artikel 8: »... the State shall employ non-peaceful means and other necessary measures ...« Aus: Anti Secession Law, Adopted at the Third Session of the Tenth National People's Congress on March 14, 2005.

69 Aus: Kriegsdrohung per Gesetz, in: *Die Presse*, 15.3.2005, S. 5.

70 Zahlen aus: Das Reich der Mitte ölt seine Muskeln, in: *Die Presse*, 21.6.2005, S. 6.

71 Aus: James Kynge, China Shakes the World. The Rise of a Hungry Nation, Phoenix Publishers, London 2007, S. 222.

72 Aus: Wendell Minnick, Fortress Formosa? Taiwan Strategy Under Attack, in: *Defense News*, October 20, 2008, S. 28.

73 Aus: Robert Kaplan, Center Stage for the 21st Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, ausgedruckt am 17.3.2009.

74 Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.4.2009, S. 8.

Die Entspannungspolitik zwischen Taipeh und Peking begann 2008, als Übereinkommen über Direktlinienflüge zwischen Taiwan und der Volksrepublik ausverhandelt wurden.

Aus taiwanesischer Sicht gibt es jedoch unterschiedliche Ansätze im Umgang mit der Volksrepublik: Im Vorwort der Quadrennial Defense Review (QDR) des taiwanesischen Verteidigungsministeriums, die am 16. März 2009 veröffentlicht wurde, äußerte sich der Verteidigungsminister Taiwans, Chen Chao-min, nicht im Einklang mit dem Präsidenten, Ma Ying-jeou. Letzterer hatte vorgeschlagen, mit Peking vertrauensbildende Maßnahmen einzuleiten, intermilitärische Beziehungen aufzubauen und sogar in der Folge einen Friedensvertrag mit der Volksrepublik China abzuschließen.⁷⁵ Für den taiwanesischen Verteidigungsminister ist die Einleitung derartiger Maßnahmen noch zu früh. Die QDR des taiwanesischen Militärs schlägt auch vor, die Anzahl der obersten Kommandos auf drei sowie jene der Streitkräfte von 275.000 auf 215.000 Soldaten zu reduzieren.⁷⁶

6. China als Weltraummacht

Während der 1950er Jahre hatte China von Russland Pläne der *R-2*-Rakete erhalten, einer Modifikation der deutschen *V2* aus den 1940er Jahren. 1956 entstand das Kosmodrom bei Jiuquan im Norden Chinas. 1960 hatte China die erste Höhentrakete gestartet, zehn Jahre später hatte die *Chang Zheng-1* (Langer Marsch) Chinas ersten Satelliten mit dem Namen *Der Osten ist rot* in einen Orbit gebracht. Seit 1970 entsendet die Volksrepublik China Wetter-, Navigations- und Kommunikationssatelliten ins All. 1990 wurde mit dem TV-Satelliten *AsiaSat-1* aus dem damals noch britischen Hongkong der erste kommerzielle Satellit ins All befördert. Als 1996 ein *Intelsat*-Satellit beim Start verunglückte, sprangen viele Kunden ab. Die chinesische Raumfahrtindustrie konnte sich jedoch wieder erholen. Im Juni 2007 waren von insgesamt 3189 Satelliten im All 62 chinesisch.⁷⁷ In der zweiten Jahreshälfte 2010 soll ein Fünf-Tonnen-Satellit der französischen Firma *Eutelsat Communication* in den Orbit gebracht werden – auf einer *Langen-Marsch*-Rakete der letzten Generation. Der letzte Start eines großen westlichen Satelliten mit US-Teilen von China aus war 1998, als ein Satellit von *Lockheed Martin*, der für die chinesische Telekommunikationsfirma *ChinaStar* gebaut worden war, ins All gebracht wurde.⁷⁸

75 Aus: Wendell Minnick, Taiwan's QDR Reveals Rift, in: *Defense News*, March 23, 2009, S. 1 und S. 20, S. 1.

76 Ebenda.

77 Im Juni 2007 unterhielt Russland 1391, die USA 1031, Japan 108 und Frankreich 44 Satelliten. Zahlen aus: Wolfgang Greber, »Erwägen bemannten Marsflug mit USA, Europa«, in: *Die Presse*, 25.6.2007, S. 8. Vgl. auch: Landesverteidigungsakademie / Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (Hg.), Begleitinformationen zur Nutzung des Weltraums: Akteure und Positionen, zusammengestellt von Thomas Windholz und Norbert Frischauf, Wien 2007, S. 9f.

78 Aus: Andy Pasztor, Eutelsat to launch satellite on Chinese rocket in 2010, in: *The Wall Street Journal*, February 25, 2009, S. 4.

Am 15. Oktober 2003 erfolgte der erste Flug eines Taikonauten – Oberstleutnant Yang Liwei – um die Erde. Der Flug dauerte weniger als einen Tag. Der zweite bemannte Raumflug dauerte bereits fünf Tage und fand zwei Jahre später – am 17. Oktober 2005 – statt.⁷⁹ Seither ist mit Russland und den USA auch die Volksrepublik China imstande, Raumflüge mit Taikonauten durchzuführen. China baut darüber hinaus an einem Satelliten (*Yinghuo-1*), der bald um den Mars kreisen und mit einer russischen Sonde Daten austauschen soll. In der Raumfahrt arbeitet China eng mit Brasilien, der EU, Russland und den USA zusammen. Eine enge Kooperation in der Militärluftfahrt besteht mit Israel, das auch die Instrumentierung (Avionik) für das neue chinesische Kampfflugzeug der vierten Generation, die *Jian-10*, produziert und weiterentwickelt.

Am 11. Januar 2007 führte China erstmals einen Anti-Satellit-Raketentest durch. Mit einer Rakete erfolgte die Zerstörung des alten Wettersatelliten *Fengyun-1C* 865 Kilometer über der Erde. Heftige Proteste kamen aus Japan und Indien. China kann somit nicht nur Astronauten in die Umlaufbahn befördern, sondern auch Ziele im All zertrümmern. Im Herbst 2006 war es China gelungen, per Laser einen US-Aufklärungssatelliten zu blenden. Die chinesische Führung betont stets, dass sie gegen ein Wettrüsten im Weltraum und für eine friedliche Nutzung des Alls sei.

Den ersten Mondorbiter (*Chang'e-1*) startete China am 24. Oktober 2007 in den Weltraum – von der neuen *Mondstadt* Xichang in der Provinz Sichuan aus.⁸⁰ Für China wurden zwischen 2003 und 2007 somit drei wichtige Meilensteine in der Raumfahrt erreicht. Chinas Weltraumprogramm dürfte durch illegal in den USA beschaffte Informationen über Raumfahrt- und Steuerungstechnologien einen massiven Auftrieb erhalten haben.⁸¹

7. China modernisiert das Militär

Zwischen den Jahren 2000 und 2003 war nicht mehr Taiwan der weltweit größte Abnehmer von Rüstungsgütern, sondern die Volksrepublik China, die 2003 allerdings von Indien überholt wurde. Allein die Waffeneinkäufe aus Russland sind in China auf zwei Milliarden US-Dollar jährlich angestiegen und haben sich damit verdoppelt.⁸² China besitzt mit 2,25 Millionen aktiven Soldaten sowie mit der zehn Millionen Menschen zählenden Volksmiliz das größte Militärpotenzial der Welt. Die Militärausgaben der Volksrepublik China wurden 2007 offiziell mit 44,94 Milliarden US-Dollar beziffert⁸³, US-Sicherheitsexperten vermu-

79 Aus: Marcia S. Smith, *China's Space Program: An Overview*, CRS Report for Congress, Order Code RS21641, Updated January 31, 2006, S. 1.

80 Aus: All systems go for lunar probe liftoff, in: *China Daily*, 24.10.2007, S. 1.

81 Aus: Spionagenetz im Internet entdeckt, in: *Die Presse*, 30.3.2009, S. 6.

82 Aus: Wolfgang Greber, »Erwägen bemannten Marsflug mit USA, Europa«, in: *Die Presse*, 25.6.2007, S. 8.

83 Das sind um 17,8 Prozent (6,79 Milliarden US-Dollar) mehr als 2006. Aus: Defense budget to rise 17.8%, in: *China Daily*, <http://www.chinadaily.com.cn>, ausgedruckt am 4.3.2007.

teten die Höhe der Verteidigungsausgaben jedoch zwischen 90 Milliarden US-Dollar⁸⁴ und 105 Milliarden US-Dollar.⁸⁵ Der Militäretat der USA lag 2007 im Gegensatz dazu bei über 800 Milliarden US-Dollar und war damit circa acht Mal höher als jener Chinas, wenn von den amerikanischen Schätzungen des chinesischen Militäretats ausgegangen wird. Internationale Beobachter gehen deshalb davon aus, dass die tatsächlichen Rüstungsausgaben der Volksrepublik China das Zwei- bis Vierfache der veröffentlichten Summe ausmachen, da etwa Rüstungskäufe sowie die Kosten für Forschung und Entwicklung nicht in den Rüstungshaushalt eingehen.⁸⁶ Am 4. März 2009 gab der Sprecher des Nationalen Volkskongresses (3000 Abgeordnete), der ehemalige Außenminister Li Shaoxing, bekannt, dass das Militärbudget für 2009 um knapp 15 Prozent auf umgerechnet etwa 56 Milliarden Euro erhöht wird.⁸⁷ Der Wehretat der USA umfasst 2009 knapp 410 Milliarden Euro, ohne die Kosten für die Kriege in Afghanistan und im Irak eingerechnet.

China hatte in den letzten Jahren große Summen für den Ankauf von Kampfflugzeugen, Unterseebooten und Zerstörern aus Russland ausgegeben. Chinas zweitgrößter Waffenlieferant ist Israel. Im Jahr 2007 hatte China die ersten von 60 Interkontinentalraketen des Typs *Dong Feng 31A*, die Ziele sowohl in Europa (Paris, Madrid) wie auch in ganz Nordamerika (bis Washington) erreichen können, stationiert.⁸⁸

China ist zudem gewillt, international militärisch mehr Verantwortung zu übernehmen. Insgesamt waren 2005 an die 3000 Soldaten, Polizisten und Zivilexperten in 14 UN-Missionen involviert, darunter in der Demokratischen Republik Kongo, in Liberia, im Sudan sowie im Libanon.⁸⁹ Seit 1997 bestehen zudem der enge militärische Konsultationsmechanismus mit Russland sowie der strategische Dialog mit Frankreich. 2001 erfolgte die Einleitung des strategischen Dialogs mit Japan, 2003 mit Großbritannien. Seit April 2003 existiert die Verteidigungskommission mit Südafrika. Regelmäßige sicherheitspolitische Konsultationen erfolgen seit 2003 mit Australien und der Bundesrepublik Deutschland. Zudem bestehen seit 2002 regelmäßige militärische Beratungen mit Thailand, Kanada, Mexiko, Italien, Polen und Neuseeland. Insgesamt unterhält China Militärbeziehungen zu 150 Staaten.

84 Aus: James Kynge, *China Shakes the World. The Rise of a Hungry Nation*, Phoenix Publishers, London 2007, S. 222.

85 Nach Ansicht des US-Verteidigungsministeriums, aus: John J. Tkacik, Jr., *A Chinese Military Superpower?*, in: *WebMemo*, herausgegeben von der Heritage Foundation, Nr. 1389, 8.3.2007, S. 1.

86 Aus: Otto Mann, *China erhöht Militärausgaben*, in: *Die Presse*, 5.3.2005, S. 4.

87 Aus: Jutta Lietsch, *Ein Gespenst sucht China heim: Arbeitslosigkeit*, in: *Die Presse*, 5.3.2009, S. 8.

88 Aus: Wendell Minnick, *China speeds ICBM Plans*, in: *Defense News*, 10.7.2006, S. 1.

89 Aus: *White Paper: China's Peaceful Development Road*. The State Council Information Office, People's Republic of China, Beijing, December 2005, S. 21.

Militärübungen werden seitens der Streitkräfte Chinas seit einigen Jahren auch multinational durchgeführt, so 2003 mit Indien und Frankreich, 2004 mit Großbritannien, Pakistan und Australien, 2005 mit Russland, 2006 mit den USA sowie 2007 wieder mit Indien.

Internationale Analysen gehen davon aus, dass vor allem die drei Teilstreitkräfte zwar schnell modernisiert werden, dass jedoch nur ein geringer Teil der Truppen tatsächlich einsatzbereit sind.⁹⁰ Technik und Strategie wären dazu noch veraltet. Der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zeigte sich während seiner Amtszeit jedoch besorgt darüber, dass die chinesischen Streitkräfte und vor allem die Marine in absehbarer Zeit – unterstützt von europäischer Waffentechnologie – die amerikanische Vormachtstellung im Pazifik und somit die regionale Sicherheit in Ostasien bedrohen könnte⁹¹: »Die Aufhebung des EU-Embargos würde das Gleichgewicht in der Taiwan-Straße kippen und eine große Gefahr für den Frieden darstellen«, betonte weiter Taiwans damaliger Präsident Chen Shui-bian.⁹² Die USA und Japan sind an der Sicherheit in und um Taiwan äußerst interessiert. Über die Schifffahrtslinien bei Taiwan bezieht das rohstoffarme Japan 90 Prozent seiner Öleinfuhren⁹³, für die USA bedeutet Taiwan ein wichtiger strategischer Einflusspunkt.

Im Januar 2009 hatte die politische Führung Chinas das neue Weißbuch für die nationale Verteidigung veröffentlicht, in dem steigende Militärausgaben gerechtfertigt werden. Alle zwei Jahre publiziert die chinesische Regierung ein Weißbuch über die nationale Verteidigung.⁹⁴ Zentrale Erkenntnis ist, dass mittlerweile China »ein wichtiges Mitglied im internationalen System«⁹⁵ geworden ist und die Entwicklung der internationalen Staatengemeinschaft und Chinas untrennbar miteinander einhergeht: »China cannot develop in isolation from the rest of the world, nor can the world enjoy prosperity and stability without China.«⁹⁶ Zudem schreibt das Papier fest, dass sich »das Ringen um strategische Ressourcen, strategische Plätze und strategische Dominanz« weltweit intensiviert habe⁹⁷: »Das internationale politische System entwickle sich immer mehr in Richtung Multipolarität – und es ist klar, dass China einer dieser Pole ist. Die Staaten ringen dabei um die Absicherung strategischer Positionen.«⁹⁸ Aufgrund der »Überlegenheit« anderer Staaten

90 Aus: Otto Mann, China erhöht Militärausgaben, in: *Die Presse*, 5.3.2005, S. 4.

91 Aus: Michael Vatikiotis, U.S. sights are back on China, in: *International Herald Tribune*, 7.6.2005, S. 9.

92 Aus: Chinas Millionen-Heer rüstet weiter auf. Drohung gegen Taiwan alarmiert Region, in: *Die Presse*, 5.3.2005, S. 1.

93 Aus: Frank Hornig/Wieland Wagner, Duell der Giganten, in: *Der Spiegel* 32/2005, S. 74–88, S. 88.

94 Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.4.2009, S. 8.

95 Aus: State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, Vorwort, 2. Absatz.

96 Ebenda.

97 Ebenda, Punkt I. The Security Situation, 3. Absatz.

98 Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.4.2009, S. 8.

und der Intensivierung des militärischen Konkurrenzkampfes sei die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte notwendig⁹⁹ – u. a. in folgenden Bereichen: strategische Nuklearwaffen, Raketenabwehr, Raumfahrttechnik, Aufklärung sowie Überwachung. China beobachtet in diesem Zusammenhang einen verstärkten Rüstungswettlauf.¹⁰⁰ Zudem sehe sich China mit »strategischen Manövern und einer Eindämmungspolitik von außen« konfrontiert.¹⁰¹ Die chinesische Waffenproduktion konzentriert sich auf die Erzeugung von neuen Panzern¹⁰², gepanzerten Fahrzeugen und Artillerie¹⁰³. Dies schließt auch die neueste Beschaffung von ca. 200 Typ 98 und 99 Kampfpanzern der dritten Generation mit ein, die bereits in den Militärregionen Peking und Shenyang stationiert werden, genauso wie neue Amphibienfahrzeuge und Raketenabschussrampen nahe Taiwan.¹⁰⁴ Das Mantra der chinesischen Streitkräfte lautet: Lokale Kriege sind unter den Bedingungen der Informationalisierung zu gewinnen!¹⁰⁵ Die Streitkräfte selbst müssen künftig in der Lage sein, kurzfristige Einsatzbereitschaft herzustellen und die Überlegenheit bei »high-intensity wars« zu gewährleisten.¹⁰⁶ Den Streitkräften selbst sind 2,25 Millionen Soldaten unterstellt, davon sind 400.000 Soldaten in jenen drei Militärregionen stationiert, die Taiwan gegenüberliegen.¹⁰⁷

Laut Weißbuch 2009 gibt es folgende Gefahren für die nationale Sicherheit Chinas: einerseits die Bedrohung der Einheit des Staates durch separatistische Kräfte, die Tibet, Taiwan und Ostturkestan abspalten wollen.¹⁰⁸ Andererseits die USA als strategischer Gegenspieler, ohne dass diese namentlich genannt werden: China werde in diesem Zusammenhang mit der »Überlegenheit entwickelter Länder« konfrontiert. In der Folge stoßen Waffenlieferungen der USA nach Taiwan auf große Ablehnung in Peking. Sich selbst sieht China als friedliche Macht. Sowohl das Streben nach Hegemonie als auch militärische Expansion an sich wird abgelehnt. Die Verteidigungspolitik der Volksrepublik wird im Weißbuch 2009 als defensiv beschrieben, obgleich von einer »aktiven Verteidigung« die

99 Aus: State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, published: January 20, 2009, Punkt I. The Security Situation, 4. Absatz.

100 Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.4.2009, S. 8.

101 Aus: China verteidigt Rüstung, in: *Die Presse*, 21.1.2009, S. 6.

102 China verfügt nach dem Pentagon-Bericht 2009 an die 6700 Panzer. Aus: Wendell Minnick, Chinese Continue Modernization Push, in: *Defense News*, April 20, 2009, S. 12.

103 Die Anzahl der Artilleriewaffen wird laut Pentagon-Angaben aus 2009 auf 7400 geschätzt. Aus: Ebenda.

104 Aus: Wendell Minnick, Chinese Continue Modernization Push, in: *Defense News*, April 20, 2009, S. 12.

105 Aus: Ebenda.

106 Aus: Ebenda.

107 Aus: Wendell Minnick, Chinese Continue Modernization Push, in: *Defense News*, April 20, 2009, S. 12.

108 Aus: State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, published: January 20, 2009, Punkt I. The Security Situation, S. 4.

Rede ist. Die Modernisierung der Volksbefreiungsarmee soll bis 2050 abgeschlossen sein.¹⁰⁹ Schwächen sieht das Pentagon im Bericht »Die Militärmacht der Volksrepublik China« aus 2009 bei der Integration der chinesischen Teilstreitkräfte, den Transportkapazitäten in der Luft und im amphibischen Bereich, bei der Versorgung zur See und dem Betanken von Flugzeugen in der Luft.¹¹⁰ Die Volksbefreiungsarmee habe demnach zumindest limitierte Optionen entwickelt, mit denen Druck auf Taiwan ausgeübt werden könnte. China hatte diesen Bericht des Pentagon zurückgewiesen. Er verbreite die Theorie einer militärischen Bedrohung durch China und entstelle Fakten in schwerwiegender Weise. Beide Berichte – sowohl das Weißbuch Chinas aus 2009 als auch der Bericht des Pentagons aus 2009 – machen deutlich, dass trotz aller Bekenntnis zur Kooperation und der Erkenntnis gegenseitiger Abhängigkeiten sehr wohl Rivalität zwischen beiden Ländern vorhanden ist und der jeweils andere somit als Konkurrent wahrgenommen wird.¹¹¹ Und das nicht nur zwischen China und den USA: China plant, massiv im nächsten Jahrzehnt seine Marine-streitkräfte auszubauen. Eine stärkere militärische Präsenz der Volksrepublik im Indischen Ozean wird auch Indien in die Lage versetzen, Marinekapazitäten zu modernisieren und zu erweitern: »*India's security environment in the medium or long term may radically change, particularly if China establishes its naval presence in the Indian Ocean*«, betonte Gurpreet Khurana, Oberst der Indischen Marine und Verteidigungsanalytiker am Institut für Verteidigungsstudien und -Analysen in Neu-Delhi.¹¹²

Gemäß dem Weißbuch für nationale Verteidigung aus 2009 möchte China auch seine Truppen verstärkt für friedenserhaltende Aufgaben im Rahmen von UNO-Friedenseinsätzen ins Ausland entsenden. Im November 2008 waren 1949 Soldaten und Militärpersonen aus der Volksrepublik China in neun Einsätzen der UNO involviert – einschließlich derjenigen, die sich im U.N. Department of Peacekeeping Operations befanden. 1614 Soldaten aus China waren Ende 2008 in Afrika stationiert: 306 in der Demokratischen Republik Kongo (Kongo-Kinshasa), 558 in Liberia, 435 in Sudan und 315 Pioniere im Rahmen der Hybridoperation der Afrikanischen Union und der UNO in Darfur. Im Vergleich dazu hatten die USA nur 42 Soldaten bei Friedensmissionen in Afrika im Einsatz. Zudem empfing China in den Jahren 2007 und 2008 höhere Militärdelegationen aus Ägypten, Botswana, der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire), dem Gabun, Ghana, Kamerun, den Komoren, Kap

109 Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.4.2009, S. 8, sowie State Council Information Office of the Chinese Government, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, Punkt II. National Defense Policy, 4. und 5. Absatz

110 Vgl. dazu auch: CNN, Pentagon report: China's military expanding its capabilities, CNN.com/asia, <http://edition.cnn.com/2009/>, ausgedruckt am 22.5.2009.

111 Aus: Gerald Brettner-Messler, Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.4.2009, S. 8.

112 Aus: Vivek Raghuvanshi, Experts: India Must Counter China in Littorals, in: *Defense News*, January 12, 2009, S. 14.

Verde, Kongo (Kinshasa), Malawi, Mali, Marokko, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, den Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Tansania, Tunesien, Uganda und aus der Zentralafrikanischen Republik.¹¹³ Im Gegenzug besuchten sieben höhere Militärdelegationen aus China Afrika.¹¹⁴

Im Dezember 2008 verlegte China erstmals auch Kriegsschiffe nach Afrika, um gemeinsam mit internationalen Schiffsverbänden Piraten zu bekämpfen: »Die Piraterie hat sich zu einer internationalen Pest entwickelt«, erklärte der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, Oberst Huang Xueping. Am 26. Dezember 2008 stachen zwei Zerstörer mit zwei Helikoptern an Bord und ein Versorgungsschiff der Südseeflotte vom südchinesischen Marinestützpunkt Sanya in See – mit Fahrtrichtung Horn von Afrika. Eine Woche zuvor misslang eine Attacke von Piraten auf den chinesischen Frachter »Zhenhua 4«, der auf der Karibikinsel St. Vincent registriert ist.¹¹⁵

In den letzten Jahren war gemäß den chinesischen Militärdoktrinen auch für die Marine ausschließlich die Verteidigung der Landesgrenzen vorgesehen. Mittlerweile hat die chinesische Marine neue Aufgaben. Dazu gehört ebenso der weltweite Schutz eigener Handelsinteressen. Seit 2000 hatte Chinas Marine 60 neue Kriegsschiffe erhalten. Sie ist mit insgesamt rund 860 Schiffen die größte Asiens. China erwägt auch, mindestens einen Flugzeugträger zu bauen.¹¹⁶ Erstmals zeigte China nukleargetriebene U-Boote in der Öffentlichkeit (an der Stückzahl: zwei) am 22. April 2009 in Qingdao.¹¹⁷ China baut die Marine enorm aus: Während der nächsten Dekade wird China mehr Kriegsschiffe als die USA besitzen. China produziert und erwirbt fünfmal schneller U-Boote als die USA.¹¹⁸

Am 25. März 2009 veröffentlichte das Pentagon wie jedes Jahr den Bericht »Die Militärmacht der Volksrepublik China«, in dem der »Aufstieg eines stabilen, friedlichen und wohlhabenden China« ausdrücklich begrüßt und Peking dazu ermutigt wird, »sich verantwortungsvoll in globalen Angelegenheiten zu engagieren«. Zudem wird vom Pentagon bestätigt, dass sich Chinas ständig verbessernden militärischen Fähigkeiten und sein Aufstieg zur wirtschaftlichen Supermacht zusammenhängen. Kritisch wird jedoch festgehalten: »Chinas künftiger Kurs ist mit vielen Unsicherheiten behaftet – vor allem, wie es seine wachsende Militärmacht einzusetzen gedenkt.«¹¹⁹ China hält jedoch dem entgegen, dass die Volksrepublik »den Weg der friedlichen Entwicklung beschritten« und

113 Aus: Wendell Minnick, China Comes to Africa, in: *Defense News*, February 9, 2009, S. 14.

114 Ebenda.

115 Aus: Jutta Lietsch, Chinas neue Rolle auf den Weltmeeren, in: *Die Presse*, 24.12.2008, S. 6.

116 Ebenda.

117 Aus: China Parades Naval Might, in: *Defense News*, April 27, 2009, S. 3.

118 Aus: Robert Kaplan, Center Stage for the 21st Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, ausgedruckt am 17.3.2009, S. 6.

119 Aus: Burkhard Bischof, Chinas Geheimnistuerei wird militärisches Risiko, in: *Die Presse*, 27.3.2009, S. 8.

»eine defensive Verteidigungspolitik« verfolgt, »um den Weltfrieden und die Stabilität aufrechtzuerhalten«¹²⁰ Der Pentagon erklärte in seinem jüngsten Bericht über China: »Die begrenzte Transparenz in chinesischen Militär- und Sicherheitsfragen stellt ein Risiko für die Stabilität dar. Denn sie erzeugt Ungewissheit und erhöht das Potenzial für Missverständnisse und Fehlkalkulationen.«¹²¹ Die konkreten Kritikpunkte in dem 66seitigen Bericht sind:¹²²

- Intransparente Militärausgaben: Die Mittel für die Streitkräfte sind seit 2000 um mehr als das Doppelte angestiegen – von 27,8 auf 60,1 Milliarden US-Dollar 2008. Dies sind die offiziellen chinesischen Zahlen. Das Pentagon vermutet, dass die tatsächlichen chinesischen Verteidigungsausgaben 2008 zwischen 105 und 150 Milliarden US-Dollar betragen haben. Die Verteidigungsausgaben des Pentagon betragen 2008 im Gegensatz dazu 647 Milliarden US-Dollar.
- Trotz der vom taiwanesischen Präsidenten Ma Ying-jeou forcierten Entspannungspolitik gegenüber Peking modernisierte die Volksrepublik stets ihr gegen Taiwan gerichtetes militärisches Bedrohungspotenzial. Immer mehr Raketen werden in Stellung gebracht, immer besser ausgerüstete und trainierte Einheiten in die Militärbezirke gegenüber von Taiwan verlegt. Taiwan sollte somit alles unterlassen, um unabhängig zu werden. Langfristig geht es Peking darum, mittels Aufrüstungs- und Modernisierungsprogrammen künftig Druck auf Taiwan ausüben zu können, »damit es sich einer Lösung der Taiwan-Frage unter den Bedingungen Pekings fügt«. Die USA sollten dazu gebracht werden, im Falle eines Konfliktes auf sämtliche Unterstützung für Taiwan zu verzichten.
- Die militärische Schlagkraft Chinas ist durch die Modernisierungsprogramme der letzten Jahre ziemlich gesteigert worden. Hoch entwickelte Waffen wurden im Ausland gekauft (vor allem in Russland), aber auch viel Geld in die militärische Forschung und Entwicklung sowie in den Aufbau der eigenen Verteidigungsindustrie gesteckt. Besonderes Augenmerk richtet die Volksrepublik auf die Verbesserung ihrer Nuklear- und Weltraumwaffen sowie auf Cyber Warfare (elektronische Kriegführung).

Dies alles kann das regionale militärische Gleichgewicht ziemlich verändern und Auswirkungen auch über den asiatisch-pazifischen Raum hinaus haben, so der Pentagon. Die Streitkräfte Chinas übernehmen zwar »Rollen und Missionen«, »die über die unmittelbaren territorialen Interessen Chinas hinausgehen«. Gleichzeitig lasse Peking die Außenwelt

120 Ebenda.

121 Ebenda.

122 Ebenda.

im Unklaren darüber, was es mit seinem militärischen Aufbauprogramm eigentlich bezwecke.¹²³

8. Die Beziehungen China – Japan

Die chinesisch-japanischen Beziehungen sind äußerst belastet – nicht nur aufgrund des Streits über die Vergangenheit Japans als Kolonialmacht im Zweiten Weltkrieg. Seit Jahrzehnten sorgen die regelmäßigen Besuche, vor allem zuletzt von Premier Junichiro Koizumi, im Yasukuni-Schrein, in dem auch unter den zwei Millionen japanischen Gefallenen Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges bestattet sind, für diplomatische Verstimmungen und heftige Proteste seitens der chinesischen Regierung. Japan hat bisher nie offiziell zugegeben, im Zweiten Weltkrieg Aggressor gewesen zu sein. Sowohl die Volksrepublik China als auch Japan wetteifern um geostrategische Positionen, Territorien und Rohstoffquellen (Erdöl und Erdgas) in Gewässern, die beide Seiten für sich beanspruchen. Es geht dabei um die Ausdehnung beider Wirtschaftszonen auf See, die beide Staaten unterschiedlich beurteilen. Das Gebiet 450 Kilometer westlich von Okinawa ist reich an Erdgasvorkommen. Im Sommer 2003 hatte China mit Bohrungen begonnen. Die japanische Regierung verdächtigte China, die Bohrungen auf die angrenzende japanische »Ausschließliche Wirtschaftszone« auszuweiten. Die Mittellinie trennt nach Ansicht Japans die 200-Seemeilen-Wirtschaftszone der beiden Staaten. China erkennt diese Linie jedoch nicht an. 2004 tauchte ein chinesisches U-Boot sogar in japanischen Gewässern auf. Militärisch ist weiterhin die kleinere Marine Japans der großteils veralteten Flotte Chinas überlegen.

Seit den 1970er Jahren existieren zwischen China und Japan Kontroversen um die Inselgruppe Senkaku /Diaoyu im Ostchinesischen Meer. China beansprucht auch Inseln wie die Spratlys oder die Paracel-Inseln (je über zehn Quadratkilometer Fläche), die teils bis zu 2000 Kilometer von Chinas Südküste entfernt sind. Mit der Errichtung eines Militärflughafens auf der größten Paracel-Insel Woody Island verstieß China gegen die Prinzipienklärung von Manila aus dem Jahr 1992 über die friedliche Streitbeilegung im Südchinesischen Meer.

Zwischen China und Japan droht ein Rüstungswettlauf. Japans damaliger Premier Koizumi unterstrich während seiner Amtszeit die Notwendigkeit, acht Milliarden Euro jährlich für den Bau eines Raketenabwehrschirms gemeinsam mit den USA zur Verfügung zu stellen. Dieser Abwehrschirm sollte 2011 fertig sein. Auch die Planung zur Herstellung eigener Langstreckenraketen wurde seitens der japanischen Regierung eingeleitet.

Japan ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und besitzt das weltweit fünftgrößte Militärbudget – zwischen 2000 und 2005 wurden allein für die Streitkräfte 250 Milliarden

123 Aus: Burkhard Bischof, Chinas Geheimnistuerei wird militärisches Risiko, in: *Die Presse*, 27.3.2009, S. 8.

Euro ausgegeben. Japans Flotte ist größer als jene Großbritanniens. Die japanische Armee umfasste 2005 circa 160.000 Soldaten (*Selbstverteidigungskräfte*), gemäß der Verfassung Japans darf nur maximal ein Prozent des BIP für Streitkräfte verwendet werden.

Die Streitkräfte der Volksrepublik China und Japans im Vergleich:¹²⁴

	China	Japan
Heer	1,6 Millionen	160.000
Panzer	8.500	1.100
Geschütze	15.000	800
Kampffjets	2.200	366
Marine: große Kriegsschiffe	63	55
U-Boote	29	19

Mit einer am 10. Dezember 2004 vom Kabinett beschlossenen Neufassung der japanischen Militärdoktrin verabschiedete sich Japan jedoch von seiner *Friedensverfassung*. Diese Neuausrichtung wandelt die Selbstverteidigungskräfte in eine schlagkräftige Berufsarmee, lockert das strenge Exportverbot für Waffentechnologie und erlaubt, mit den USA ein modernes Raketenabwehrsystem zu entwickeln. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden mit Nordkorea und China zwei potenzielle Gegenspieler beim Namen genannt. Diese neue Verteidigungsdoktrin ist seit 1. April 2005 in Kraft. Obwohl Japan nie offiziell zugegeben hat, im Zweiten Weltkrieg der Aggressor im Pazifik gewesen zu sein, hatte es sich unter dem Druck der US-Besatzung eine *pazifistische* Verfassung gegeben, die militärische Aktionen außerhalb der Landesgrenzen strikt verbietet. Darin entsagt das geschlagene Kaiserreich »aufewig dem Krieg als souveränes Recht der Nation«. Aus diesem Grund heißt das japanische Militär nicht Armee, sondern *Selbstverteidigungskräfte*, die Panzer heißen *Spezialfahrzeuge*, die Zerstörer *Escortschiffe* und der Verteidigungsminister *Leiter des Landesschutzes*, die Kommandanten *Vorgesetzte*.¹²⁵ Die Armee ist technisch hochgerüstet und äußerst gut trainiert. Nach außen aufgefallen war die Armee bereits durch einen Polizeischutz in Kambodscha oder durch Pionierdienste im Irak, wo sie Trinkwasser aufbereitet und eine Schotterstraße durch die Wüste gebaut hatte.

Japan und China sind sich gegenseitig die wichtigsten Nachbarn, ihre Ökonomien sind eng verflochten.¹²⁶ Binnen eines Monats traf sich Japans derzeitiger Premier Taro Aso im April 2009 sogar zum dritten Mal mit der chinesischen Führung.¹²⁷ Bis 2006 war

124 Aus: Angela Köhler, Japan: Weg mit den Fesseln, auf zur Weltmacht, in: *Die Presse*, 23.12.2005, S. 5.

125 Aus: Angela Köhler, Japan verabschiedet sich vom Pazifismus, in: *Die Presse*, 11.12.2004, S. 9.

126 Aus: Christoph Neidhart, Das japanische Tabu, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2009, S. 4.

127 Ebenda.

ein Gipfel zwischen Japan und China noch unvorstellbar: Junichiro Koizumi, Japans Premier von 2002 bis 2006, besuchte statt China und Südkorea den Yasukuni-Schrein, Japans Mahnmal für seine Kriegstoten und etwa 1000 Kriegsverbrecher, darunter 14, die als Hauptkriegsverbrecher bezeichnet werden können. Das zugehörige Museum feiert den japanischen Angriffskrieg bis heute. Inzwischen führen Aso und Chinas Premier Wen Jiabao jenen freundschaftlichen Dialog weiter, den 2007 der damalige japanische Premier Yasuo Fukuda begonnen hatte. Japan hat zwar wirtschaftlich sehr viel zum Aufbau Chinas, Südkoreas und Südostasiens beigetragen. Bis heute ist aber Japan China eine große Geste nach dem Vorbild von Willy Brandts Kniefall in Warschau¹²⁸ schuldig geblieben – vor allem nach dem Massaker an hunderttausenden chinesischen Zivilisten 1937 in Nanking. Renommiertere japanische Historiker leugnen das Massaker bis heute, und Premier Asos Liberaldemokraten (LDP) unterstützt sie dabei.¹²⁹

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Japan verbessern sich täglich. Im Japan studieren 150.000 Studenten aus der Volksrepublik, eine Million Chinesen arbeiten für japanische Firmen. In Shanghai engagieren sich immer mehr japanische Konzerne. Allein mehr als 100.000 Japaner leben in Shanghai, der größten Stadt Chinas, die inoffiziell 22 Millionen Einwohner zählt.¹³⁰ China betreibt den Aufbau eines Netzwerkes auf Grund multilateraler Übereinkommen, das die Schaffung einer Ostasiatischen Gemeinschaft (*East Asian Community*) beabsichtigt, die von Indien bis Japan reicht. Davon ausgeschlossen wären die USA und ihr Verbündeter Australien.¹³¹

China, Japan und Südkorea versuchen auch, zur Bewältigung der Weltfinanzkrise verstärkt zu koordinieren. Diese drei Staaten erbringen gemeinsam über drei Viertel der regionalen Wirtschaftsleistung und tragen 17 Prozent zur Weltwirtschaft bei.¹³² Japans Premier Taro Aso betonte zum Abschluss des ersten ostasiatischen Gipfels Mitte Dezember 2008 in Fukuoka, dass sich diese neue Partnerschaft auszahlen werde, »um die ernsthaften Herausforderungen der globalen Krise zu meistern«. ¹³³ Alle drei Staaten, die nach wie vor miteinander heikle Territorialdispute ausfechten, vereinbarten, das »gegenseitige politische Vertrauen« zu fördern, die Finanzkooperation auszuweiten sowie die Handels- und Wirtschaftskontakte zu stärken.¹³⁴

128 Der damalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, hatte am 7. Dezember 1970 vor dem Ehrenmal des jüdischen Ghettos in Warschau einen Kranz niedergelegt. Nach dem Richten der Kranzschleife war Brandt vor dem Mahnmal niedergekniet.

129 Aus: Christoph Neidhart, Das japanische Tabu, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2009, S. 4.

130 Aus: James Kynge, China Shakes the World. The Rise of a Hungry Nation, Phoenix Publishers, London 2007, S. 224.

131 Aus: Michael Vatikiotis, U.S. sights are back on China, in: *International Herald Tribune*, 7.6.2005, S. 9.

132 Aus: Angela Köhler, Globale Krise schmiedet drei Rivalen zusammen, in: *Die Presse*, 15.12.2008, S. 4.

133 Ebenda.

134 Ebenda.

9. Die russisch-chinesischen Sicherheitsbeziehungen und Zentralasien

Die russisch-chinesische Partnerschaft ist von großer Bedeutung für die globalen Sicherheitsbeziehungen. Die Russische Föderation und China vereinbarten im April 1996 für das 21. Jahrhundert eine *strategische Partnerschaft*. Sorge bereitet der US-Regierung in diesem Zusammenhang die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen China und Russland. In ihrem ersten gemeinsamen Manöver (18.–25. August 2005), es begann in Wladiwostok und endete auf der chinesischen Halbinsel Shandong, demonstrierten beide zuvor über Jahrzehnte verfeindeten Großmächte (China und Russland) vor allem vereinte Stärke. Die Übungsannahme bei der *Frieden 2005* war, dass in einem fiktiven Staat ethnische Unruhen zum Bürgerkrieg eskalieren. Chinesische und russische Soldaten marschierten dort aufgrund eines UN-Mandats ein, um diesen Konflikt zu beenden. An dieser Übung beteiligten sich über 10.000 Soldaten, 140 Kriegsschiffe und Unterseeboote sowie Langstreckenbomber. Die Heranziehung von U-Booten und Langstreckenbomben ist jedoch bei einer Friedensmission eher ungewöhnlich und erinnert mehr an die Besetzung eines fremden Territoriums. Nach Aussagen eines chinesischen Regierungssprechers sollte diese Übung ausschließlich »die Fertigkeit der Streitkräfte bei der gemeinsamen Bekämpfung von Extremismus, Terrorismus und Separatismus verbessern«. ¹³⁵ Bei dieser Militärübung waren nur Beobachter aus den Staaten der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) ¹³⁶ eingeladen.

Die strategische Partnerschaft zwischen China und Russland ist vor allem dadurch begründet, dass die Volksrepublik auf russische Waffen- und -systeme angewiesen ist. China baut auch selbst mit russischer Unterstützung moderne Waffen(systeme) – von amphibischen Kriegsschiffen bis zu mobilen Atomraketen. In Russland erwarb China insbesondere Zerstörer, Marschflugkörper und Luft-Boden-Raketen. Systeme wie die russischen Jäger *Suchoj Su-27* werden in China seit Jahren in Lizenz gefertigt. Russland ist nach wie vor der wichtigste Waffen- und Technologielieferant für China. Russland kritisiert China jedoch sehr offen, dass China ursprüngliche russische Technologie verstärkt selbst produziert und somit immer weniger Militärprodukte aus Russland importiert. So stößt Chinas Nachbau der *Su-27* – die *chinesische Variante* der *Su-27* erhielt die Bezeichnung *J-11* – auf Empörung in Russland. ¹³⁷

135 Aus: Elke Windisch, China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: *Die Presse*, 18.8.2005, S. 5.

136 Die SCO wurde im Jahr 2001 von den Staatschefs Chinas, Russlands, Usbekistans, Kasachstans, Kirgisiens und Tadschikistans gegründet. Ziel: Vertrauensbildung und Abrüstung entlang ihrer gemeinsamen Grenzen. Die SCO erstreckt sich über ein Gebiet von 30 Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 1,5 Milliarden Menschen.

137 Aus: Piraten im Rüstungssektor: China kopiert Suchoj-Jäger, Russland-Aktuell, 22.4.2009, http://www.aktuell.ru/russland/wirtschaft/piraten_im_ruestungssektor_china_kopiert_suchoi_jaeger_1718.html , ausgedruckt am 22.5.2009.

Mit Russland schloss China im Juni 2005 ein Abkommen, das die zuvor seit 40 Jahren ungelösten Konflikte an der 4300 Kilometer langen gemeinsamen Grenze beenden soll. Mit Kasachstan verhandelte Chinas Präsident Hu Jintao über den Bau einer Pipeline sowie die Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern.

China ist auf zunehmenden Einfluss auf die Weltrohstoffpolitik auch in Zentralasien aus. Mit der bislang größten Übernahme eines ausländischen Unternehmens hat sich China umfangreiche Ölreserven in Zentralasien gesichert. Für 4,18 Milliarden US-Dollar (3,44 Milliarden Euro) kaufte der staatliche chinesische Ölkonzern *China National Petroleum Corporation* (CNPC) Ende Oktober 2005 das kanadische Unternehmen *PetroKazakhstan*, das zwölf Prozent der Ölförderung Kasachstans kontrolliert und ausschließlich in diesem Land tätig ist.¹³⁸ Mit diesem hohen Angebot setzte sich die CNPC gegen indische Mitbewerber durch. Dies war zu dieser Zeit die erste und soweit größte Übernahme einer börsenorientierten ausländischen Gesellschaft durch ein chinesisches Unternehmen. Die Übernahme gehört zur Strategie Chinas, sich wegen der wachsenden Energienachfrage – bedingt durch sein starkes Wirtschaftswachstum – weltweit mehr Ölreserven zu sichern.

CNPC war 2005 die Nummer zehn unter den globalen Ölkonzernen mit einer jährlichen Förderung von 35 Millionen Tonnen in mehr als zwanzig Ländern. Kasachstan verfügt derzeit an die drei Prozent der Weltreserven an Öl (ca. neun Milliarden Barrel Erdöl, dazu zwei Billionen Kubikmeter Erdgas).¹³⁹ Die Übernahme passt in die Pläne von CNPC, eine Pipeline zu bauen, die Öl von Kasachstan nach China transportiert.¹⁴⁰ Kasachstan bleibt somit ein wichtiger Markt für die CNPC. Ende 2008 hatte CNPC nach eigenen Angaben sieben Milliarden US-Dollar in das Land investiert. Insgesamt sind bis Ende 2008 waren rund 12,54 Millionen Tonnen Rohöl durch die Pipeline von Kasachstan nach China transportiert worden.¹⁴¹ Der Aufbau einer Erdgas-Rohrleitung hatte zudem 2008 begonnen und wurde 2009 finalisiert. Kasachstan plant auch, seine Uranproduktion zu vervierfachen und somit Kanada und Australien zu überholen. Kasachstan (20 Prozent der weltweiten Uranreserven)¹⁴² wäre sodann bis 2010 der größte Uranproduzent. Japan und Russland planen derzeit, zum Zwecke der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie den Uranimport aus Kasachstan zu forcieren. Allein Russland beabsichtigt, 5000 bis

138 Aus: CNPC secures PetroKazakhstan bid, BBC News, October 26, 2005, <http://newsvote.bbc.co.uk>, ausgedruckt am 22.5.2009.

139 Aus: EU – Kasachstan vereinbaren engere Energiezusammenarbeit, in: *Euractiv*, <http://www.euractiv.com>, ausgedruckt am 22.5.2009.

140 Daten aus: Chinesen kaufen kanadische Ölfirma, aus: Die Welt.de, 23.8.2005, <http://www.welt.de/data/2005/08/23/764250.html>.

141 Aus: CNPC kauft kasachischen Ölförderer MMG, China Internet Information Center (CIIC), http://german.china.org.cn/business/txt/2009-04/29/content_17696912.htm, ausgedruckt am 22.5.2009.

142 Aus: EU – Kasachstan vereinbaren engere Energiezusammenarbeit, in: *Euractiv*, <http://www.euractiv.com>, ausgedruckt am 22.5.2009.

6000 Tonnen Uran jährlich aus Kasachstan zu importieren, circa zweimal so viel Uran, als Russland selbst produziert.¹⁴³

Die USA hatten anlässlich der UN-mandatierten Militäraktion zum Sturz der Taliban in Afghanistan 2001 zwei Militärstützpunkte in Kirgisien (Manas bei Bischkek) und in Usbekistan (Khanabad) eingerichtet. Beide Länder wurden zu Drehscheiben im Kampf der USA und ihrer Verbündeten gegen die *Taliban* und Osama Bin Ladens *Al Kaida* in Afghanistan. Die US-Botschaft in Taschkent hatte 2005 eine diplomatische Note der usbekischen Regierung erhalten, in der die Nutzungsrechte für die Luftwaffenbasis im Süden des Landes entzogen wurde. Usbekistan hatte den USA 180 Tage Zeit gegeben, um Personal, Flugzeuge und Ausrüstung vom Luftwaffenstützpunkt Khanabad abzuziehen. Anfang Juli 2005 hatten mehrere zentralasiatische Staaten auf Betreiben Usbekistans – die so genannte *Shanghai*-Organisation (China, Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan) – von den USA einen Zeitplan für den Abzug aus der Region gefordert. Kirgisien milderte die Forderung später wieder ab und sicherte den USA zu, die Basis im Land bis zur Klärung der Lage in Afghanistan weiter benützen zu dürfen. Am 11. Oktober 2005 sicherte die kirgisische Führung den USA während des Besuches der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice die weitere Benützung der Militärbasis in der Nähe von Bischkek zu. Aus US-Sicht bleiben Süd- und Zentralasien Regionen von großer strategischer Relevanz, »*where American interests and values are engaged as never before*«. ¹⁴⁴ Anfang Februar 2009 hatte die Regierung Kirgisiens den USA und der NATO die weitere Benützung des US-Luftwaffenstützpunktes Manas jedoch untersagt. Laut Pentagon-Angaben wurden hier monatlich bis zu 15.000 Passagiere und 500 Tonnen Versorgungsgüter abgefertigt. Der kirgisische Präsident Kurmanbek Bakijew hatte diesen Schritt angekündigt, nachdem ihm Russland 2,15 Milliarden US-Dollar Finanzhilfe zugesagt hatte.¹⁴⁵ Die Regierung Tadschikistans erklärte sich daraufhin bereit, den USA und der NATO die Benützung ihres Territoriums für logistische Unterstützung für die ISAF-Operation in Afghanistan zu garantieren.¹⁴⁶

Während des US-geführten Krieges gegen das Regime von Saddam Hussein 2003 übten chinesische Diplomaten große Zurückhaltung, und die chinesisch-amerikanische Koalition im Kampf gegen den Terrorismus wurde so ausgebaut¹⁴⁷, dass sich nach den

143 Aus: Isabel Gorst, Japan and Kazakhstan sign pact on atomic energy, in: *Financial Times*, 29.8.2006, S. 2.

144 Aus: The White House, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, March 2006, S. 39.

145 Aus: Burkhard Bischof, Zentralasiatischer Fußtritt für die USA, in: *Die Presse*, 19.2.2009, S. 2.

146 Aus: Tajikistan To Let Supplies Cross, in: *Defense News*, February 9, 2009, S. 3.

147 Die USA setzten auf Drängen Chinas die *Islamische Bewegung Ostturkestans* auf die Liste terroristischer Vereinigungen; aus: Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18–24, S. 22.

Koalitionen von 1941 gegen Japan und in den 1970er Jahren gegen die Sowjetunion fast schon eine *dritte Koalition* gebildet hatte.¹⁴⁸ Die US-Operation *Enduring Freedom* zum Sturz des *Taliban*-Regimes in Afghanistan 2001 wurde von der chinesischen Regierung voll unterstützt. Jedoch dient der Zusammenschluss Russlands und zentralasiatischer Staaten in der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), um in Zentralasien durch militärische Kooperation und damit verbundene gegenseitige Vertrauensbildung die Stabilität in dieser Region zu sichern. Die SCO bezweckt auch die gemeinsame Bekämpfung des Terrors, des Separatismus und des Extremismus, bildet jedoch vor allem einen Gegenpol zu den amerikanischen Interessen in Zentralasien. Insbesondere soll die SCO auch die ökonomischen Bedürfnisse Chinas nach Erdöl sicherstellen und den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Russlands in diesem Raum gewährleisten.¹⁴⁹ Im Kampf um die Vorherrschaft in Ostasien versucht China bisher erfolgreich die gewünschte Beteiligung Indiens an der SCO und der geplanten ASEAN+3-Freihandelszone¹⁵⁰ zu verhindern.¹⁵¹

In Zentralasien geht es um einen Machtkampf zwischen Russland und China einerseits und den USA andererseits um die strategische Kontrolle der rohstoffreichen Großregion. Russland betrachtet Zentralasien als seinen historischen Einflussbereich und betreibt dort ebenfalls Militärbasen.¹⁵² In Zentralasien treffen somit die Interessen Chinas und Russlands vermehrt auf jene der USA.

10. China und Nordkorea

China bemüht sich wie die EU und die USA um Frieden und Stabilität im Fernen Osten. Primäres sicherheitspolitisches Ziel der internationalen Staatengemeinschaft ist es, die politische Führung Nordkoreas zu überzeugen, den Aufbau nuklearer Waffenkapazitäten zu beenden. Die koreanische Halbinsel wurde auf Beschluss der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens – nach der japanischen Kapitulation 1945, nach der auch in Korea die 35jährige japanische Kolonialherrschaft beendet wurde – entlang des 38. Breitengrades geteilt. Der Süden der Halbinsel wurde dabei von amerikanischen, der Norden von sowjetischen Truppen besetzt. 1948 erfolgte im Süden die Proklamation der Republik Korea, im Norden entstand die Koreanische Demokratische Volksrepublik. Am 25. Juni 1950 marschierten nordkoreanische Truppen im Süden ein und lösten den Koreakrieg aus. Damit begann ein Krieg mit ca. 4,5 Millionen Toten.¹⁵³ Der UNO-

148 Ebenda.

149 Ebenda.

150 ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam) + China, Japan und Südkorea.

151 Vgl. Frank Gräfe, Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 23.

152 Aus: USA müssen Luftwaffenbasis räumen, in: *Die Presse*, 1.8.2005, S. 3.

153 Aus: 25.06.1950–27.07.1953: Korea-Krieg, <http://www.service-civil-international.org/archives>, ausgedruckt

Sicherheitsrat verurteilte Nordkorea als Aggressor und beschloss die Aufstellung von UN-Truppen unter amerikanischem Kommando. Die Hauptstreitkräfte wurden dabei von den USA gestellt. Die Volksrepublik China entsendete am 24. November 1950 eine *Freiwilligen-Armee* von rund 300.000 Soldaten¹⁵⁴ zur Unterstützung Nordkoreas, um zu verhindern, dass ein wiedervereinigtes Korea unter US-Einfluss entsteht.¹⁵⁵ Dadurch wurden die UN-Truppen über den 38. Breitengrad zurückgedrängt. Der damalige Oberbefehlshaber der UN-Truppen, General Douglas MacArthur, forderte daraufhin den Einsatz von Nuklearwaffen und die Ausweitung des Krieges auf chinesisches Territorium. MacArthur erstellte eine Liste möglicher Ziele in China und Nordkorea, 26 Atombomben sollten abgeworfen werden. Der Nuklearkrieg konnte jedoch verhindert werden: Mit geringfügigen Änderungen wurde nach heftigen Kämpfen der 38. Breitengrad wieder als Demarkationslinie – auf der Grundlage des Waffenstillstandes von Panmunjom vom 27. Juli 1953 – festgelegt. Nordkorea befindet sich seit 1950 noch immer im Krieg mit den USA, seit 1961 existiert ein Beistandsabkommen zwischen China und Nordkorea.

In seiner Antrittsrede am 25. Februar 1998 sprach der damalige südkoreanische Präsident Kim Dae Jung von Dialog, Aussöhnung und von wirtschaftlicher Kooperation mit dem Ziel der Wiedervereinigung beider Koreas. Am 18. Dezember 1998 ging nach einer Verfolgungsjagd und einem Feuergefecht mit südkoreanischen Schiffen ein nordkoreanisches Schnellboot vor der Südküste Koreas unter. Südkoreanische Kriegsschiffe hatten am 15. Juni 1999 wieder ein nordkoreanisches Torpedoboot versenkt.

Bilaterale Gespräche fanden am 4. Juli 1999 in Peking ein abruptes Ende, die nordkoreanische Delegation verschloss sich Verhandlungen über die Wiedervereinigung von getrennten Familienangehörigen. Am 17. März 2000 führten geheime Gespräche in China zur Vereinbarung eines Gipfeltreffens (13.–14. Juni 2000), bei dem sich während eines Gipfels Kim Jong Il und Kim Dae Jung in Pjöngjang über vertrauensbildende Maßnahmen verständigten. Am 14. August 2000 erfolgte die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Panmunjom, fast ein Monat danach – am 25. September 2000 – das erste Treffen der beiden Verteidigungsminister.¹⁵⁶

am 22.5.2009. Unter den 4,5 Millionen Toten waren: ca. 2,5 Millionen Nordkoreaner (Soldaten und Zivilisten), ca. 1 Million Südkoreaner (Soldaten, Zivilisten), ca. 1 Million Chinesen und ca. 41.000 Soldaten auf der Seite der UNO (36.914 Amerikaner und 3960 der Verbündeten),

154 Ein Monat zuvor, im Oktober 1950, gelang es China, – sozusagen *im Schatten* des Koreakrieges, die Herrschaft über Tibet zu festigen. In: Ebenda.

155 Zur Geschichte Koreas vgl. auch: Hanns W. Maull/Ivo M. Maull, im Brennpunkt: Korea, Verlag C.H. Beck, München 2004, S. 69ff.

156 Historische Daten aus: Chronik der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, Austria Presse Agentur, APA274 5 AA 0557 vom 28.9.2000.

Die Unklarheit bestand in der Frage des Aufbaues nuklearer Kapazitäten seitens der nordkoreanischen Regierung. Im Jahr 2000 fanden Inspektoren aus den USA in Nordkorea keine Hinweise auf Atomwaffenproduktion. Zwei Jahre später warf die nordkoreanische Regierung alle UNO-Kontrolleure der IAEA (Internationale Atomenergieagentur mit Sitz in Wien) aus dem Land. 2002 zählte der damalige US-Präsident George W. Bush Nordkorea neben dem Irak unter Saddam Hussein und dem Iran zur »*Achse des Bösen*« – aufgrund des Bemühens der nordkoreanischen Regierung, Massenvernichtungswaffen zu besitzen. Ein Jahr danach erklärte Nordkorea seinen Rückzug aus dem Atomwaffensperrvertrag. Anfang Februar 2005 proklamierte Kim Jong Il in der Folge Nordkorea als Atommacht.

Nordkorea hatte bereits 1998 ohne Vorwarnung eine Rakete mit einer Reichweite von bis zu 2000 Kilometern getestet (*Taepo Dong-I*), die über Japan hinwegflog.¹⁵⁷ Gemessen an seiner Bevölkerung ist Nordkorea der am stärksten militarisierter Staat der Welt: 1,14 Millionen Menschen gehören zu den Streitkräften, weitere 7,45 Millionen besitzen Reservestatus – von circa 22,5 Millionen Einwohnern insgesamt. Nordkorea verfügt heute über Raketen des Typs *No Dong* (Reichweite: 1300 Kilometer), *Taepo Dong-I* (Reichweite: 1500–2000 Kilometer) und *Taepo Dong-II* (Reichweite: 5500 Kilometer).¹⁵⁸ Die USA vermuten, dass Nordkorea an einer Rakete mit noch größerer Reichweite (bis zu 6700 Kilometer) arbeitet.¹⁵⁹

Nordkorea hatte im Juni 2004 die ein Jahr zuvor initiierten so genannten *Sechsergespräche* mit den USA, Russland, Japan, China und Südkorea abgebrochen. Anfang März 2005 hatte die nordkoreanische Führung behauptet, tatsächlich Atomwaffen zu besitzen. Zudem sind seitens Nordkoreas weitere Atombomben geplant, wenn die USA sich weiterhin gegenüber der kommunistischen Führung in Pjöngjang »*feindlich*« zeigen. China, das von den USA zu stärkeren Bemühungen gegenüber Nordkorea gedrängt wird, war es zunächst nicht gelungen, unter dem damals neuen Staats- und Parteichef Hu Jintao die Regierung Nordkoreas an Gespräche heranzuführen. US-Außenministerin Condoleezza Rice forderte während ihres China-Besuches im März 2005 die Volksrepublik China auf, ihre besonderen Beziehungen zu nutzen, um die *Sechsergespräche* wieder aufzunehmen. China mahnte stets die Berücksichtigung nordkoreanischer Interessen an und befürwortet auch bilaterale Gespräche zwischen den USA und dem kommunistischen Regime in Pjöngjang.¹⁶⁰

157 Das nordkoreanische Raketenprogramm wurde Anfang der 1960er Jahre eingeleitet, als die Sowjetunion die ersten *Scud*-Raketen lieferte. Nordkorea entwickelte diesen Raketentyp weiter, und baute daraus die *Hwasong*- und *Rodong*-Raketen mit stets größeren Reichweiten. Danach folgten die *Taepo Dong*-Raketen.

158 Quelle: Proliferation Status 2005, Carnegie Endowment for International Peace, www.ProliferationNews.org.

159 Ebenda.

160 Aus: Otto Mann, Magere Ernte für Rice in Peking, in: *Die Presse*, 22.3.2005, S. 6.

Am 19. September 2005 hatte Nordkorea im Atomstreit während der Pekinger *Sechsergespräche* eingelenkt. Die Regierung Nordkoreas hatte zugesagt, sie werde dem Atomwaffensperrvertrag wieder beitreten sowie Inspektionen durch die Internationale Atomenergiebehörde erstmals seit 2002 zulassen. Ein Datum wurde zunächst nicht vereinbart, Nordkorea sprach von einem baldigen Zeitpunkt. In Punkt 1 des gemeinsamen Statements heißt es dazu:

»The Democratic People's Republic of Korea (North Korea) is committed to abandoning all nuclear weapons and existing nuclear programs and returning at an early date to the treaty on the nonproliferation of nuclear weapons (NPT) and to IAEA (International Atomic Energy Agency) safeguards.«¹⁶¹

Zugleich bestätigte die USA, dass sie weder einen nuklearen Angriff gegen Nordkorea plane noch Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel stationiert habe und auch dies nicht beabsichtige. Südkorea bekräftigte seine Verpflichtung, in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Erklärung zur Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel von 1992, keine Atomwaffen anzunehmen bzw. zu stationieren. Nordkorea wiederum wurde das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie zugestanden. Aus diesem Grund befürworteten die fünf anderen Parteien, die Lieferung von Leichtwasserreaktoren durch Nordkorea zu diskutieren – zu einem angemessenen Zeitpunkt.¹⁶² Die USA und Nordkorea betonten ihren gegenseitigen Respekt ihrer jeweiligen staatlichen Souveränität.¹⁶³ China, Japan, Russland, Südkorea und die USA bekundeten ihren Willen, an Nordkorea Energie zu liefern.¹⁶⁴ Die Parteien zielten zunächst auf das separate Ausverhandeln eines dauerhaften Friedensregimes auf der koreanischen Halbinsel.¹⁶⁵

Anfang Juli 2006 führte Nordkorea Raketentests durch. Der Nordatlantische Rat (NATO) traf sich daraufhin in Brüssel, um seine Betroffenheit über die seitens der nordkoreanischen Führung eingeleiteten Tests von sieben Raketen (unter anderem einer Langstreckenrakete des Typs *Taepo Dong-II*) zum Ausdruck zu bringen. Die Entwicklung, Stationierung und Proliferation von ballistischen Raketen, Trägersystemen, Ausrüstung und Technologie stellen demnach eine ernsthafte Bedrohung für die Region sowie für die internationale Gemeinschaft als Ganzes dar:

161 Quelle: Text of N. Korea talks agreement, Monday, September 19, 2005; Posted: 1:56 a.m., CNN.com.

162 Punkt 1 des Statements, ebenda.

163 Punkt 2 des Statements, ebenda.

164 Punkt 3 des Statements, ebenda.

165 Punkt 4 des Statements, ebenda.

»We regret and condemn this launch. ... North Korea's missile programs and provocative actions necessitate a firm response from the international community, and we will support the international community's efforts to address this matter broadly, including at the UN Security Council which will meet later today.«¹⁶⁶

Die NATO rief die nordkoreanische Führung auf, die Entwicklung von Langstreckenraketen mit sofortiger Wirkung einzustellen und den Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen (*Hague Code of Conduct Against Ballistic Missile Proliferation*, UN-Generalversammlung, Ausschuss für Abrüstung, 27. Oktober 2004) zu unterzeichnen. Zudem wurde Nordkorea aufgefordert, ohne Vorbedingungen zu den *Sechsergesprächen* zurückzukehren und die Entwicklung und den Einsatz von Nuklearwaffen nicht mehr anzustreben.

Am 15. Juli 2006 einigte sich der UN-Sicherheitsrat einstimmig auf die Resolution 1695, mit der Nordkorea aufgefordert wurde, das Raketenprogramm zu stoppen, und mit der die anderen Staaten aufgefordert werden, die nordkoreanische Führung daran zu hindern, Raketen zu exportieren oder zu importieren. Am 9. Oktober 2006 zündete Nordkorea unterirdisch seinen ersten Atomsprengkopf. Dieser Test wurde von allen Parteien der Sechsergespräche, so auch der Volksrepublik China, vehement verurteilt.

Der Durchbruch bei den *Sechsergesprächen* erfolgte am 13. Februar 2007: Nordkorea hatte sich bereit erklärt, Atomreaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen stillzulegen sowie die Rückkehr von Atominspektoren zu ermöglichen. Im Gegenzug sollte Nordkorea Lebensmittelhilfe, vorerst 50.000 Tonnen Schweröl sowie in der zweiten Tranche 950.000 Tonnen Schweröl erhalten. Die USA hatten sich zudem bereit erklärt, einen Friedensvertrag mit Nordkorea auszuverhandeln. China setzt sich in dieser Angelegenheit für eine nuklearfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel ein.¹⁶⁷ Am 26. Oktober 2008 übergab Nordkorea an China eine bereits lang erwartete Liste über Atomprogramme, einen Tag später begann Nordkorea mit der Demontage des Kühlturms in Yongbyon.¹⁶⁸ Nordkorea zielt jedoch weiterhin mit äußerst provokanten Aktionen auf die Verzögerung friedlicher Beziehungen mit Südkorea und den USA: Ende April 2009 hatte Nordkorea wieder mit der Durchführung eines Atomtests sowie mit neuen Raketentests gedroht. In der Nacht vom 24. auf 25. Mai 2009 hatte Nordkorea einen zweiten unterirdischen Atomtest un-

166 Aus: NATO North Atlantic Council Statement on North Korea, Press Release (2006) 081, 5 July 2006, <http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-081e.htm>.

167 Vgl. Xia Liping, Development of Nuclear Weapon-free Zones: Experiences for Establishment of Nuclear Weapon-free Korean Peninsula, in: *International Review*, herausgegeben vom Shanghai Institute for International Studies, Spring 2007, Volume 46, S. 72–83, S. 75.

168 Aus: Wendell Minnick, Closer China-Taiwan Ties Point to Change in 2009, in: *Defense News*, December 15, 2008, S. 31.

ternommen und dadurch wieder weltweit Besorgnis und heftige Kritik ausgelöst. Dieser Test diene aus Sicht der nordkoreanischen Staatsführung der »*Stärkung der atomaren Abschreckungskräfte zur Selbstverteidigung in jeder Hinsicht*«. ¹⁶⁹ Die Explosion war stärker gewesen als beim ersten Atomtest am 9. Oktober 2006. Nordkorea hatte nach dem zweiten Nukleartest noch einige Kurzstreckenraketen »*getestet*« und Südkorea mit Krieg gedroht. ¹⁷⁰ China verurteilte diese Maßnahmen Nordkoreas äußerst vehement.

11. China und die Finanzkrise ab Herbst 2008

Chinas Präsident Hu Jintao rief seine Landsleute im Januar 2009 auf, trotz der schweren Finanzkrise die wirtschaftliche Stabilität Chinas zu erhalten: Die Prioritäten Chinas für 2009 sind: »*to stimulate economic growth, safeguard people's livelihoods, and maintain social stability*«. ¹⁷¹ Mit Nachdruck verfolgt die Regierung in Peking auch die Reform des Gesundheitssystems, die Verbesserung des Ausbildungswesens und des Humankapitals sowie die Forcierung technologischer Innovationen. ¹⁷² Die Philosophie und das Prinzip, das all diesen Vorhaben zugrunde liegt, ist die »*Wissenschaftliche Sicht der Entwicklung*« von Präsident Hu, die der »*Konsens der Kommunistischen Partei und der einfachen Leute ist*«. ¹⁷³ Demnach muss Chinas Volkswirtschaft drei Umbrüche beschleunigen, wenn China ein nachhaltiges, langfristiges Wachstum erreichen will:

- Das Wachstum muss stärker auf heimischer Nachfrage als auf Exporten begründet sein.
- Jenes Wachstum wird benötigt, das weniger von arbeitsintensiver Produktion abhängig ist als von technologischer Innovation und Humankapital.
- Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft muss vollzogen werden. ¹⁷⁴

Die Finanzkrise erhöht den Antrieb für chinesische Politiker und Unternehmer, diesen oben genannten Wandel zu beschleunigen. ¹⁷⁵

Der Architekt der Wirtschaftsreformen in China, Deng Xiaoping, hatte einmal gemeint: »*Es kommt nicht darauf an, ob die Katze schwarz oder weiß ist, solange sie nur*

169 Aus: Nordkorea provoziert die Welt mit Atomtest, aus: Focus Online, 25.5.2009, 09:42 Uhr, http://www.focus.de/politik/ausland/konflikte-nordkorea-provoziert-die-welt-mit-atomtest_aid_402203.html, ausgedruckt am 25.5.2009.

170 Ebenda.

171 Aus: Chinese President Hu calls for nationwide efforts to maintain economic stability, Xinhua, http://news.xinhuanet.com/english/2009-01/22/content_10704749.htm, ausgedruckt am 23.1.2009.

172 Aus: Songzuo Xiang, Langer Marsch, nächste Etappe, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2009, S. 2.

173 Ebenda.

174 Ebenda.

175 Ebenda.

Mäuse fängt.«¹⁷⁶ Getreu diesem Pragmatismus hatte die chinesische Regierung Ende 2008 an die 600 Milliarden US-Dollar für die Ankurbelung der Wirtschaft bereitgestellt. Staatliche Betriebe wurden von der politischen Führung angewiesen, geschwächte Unternehmen aufzukaufen, sowie die Leiter der Firmen ermutigt, ihre Investitionspläne nicht zu kürzen.

Der Aufstieg Chinas ist zudem untrennbar mit dem amerikanischen Konsum »auf Pump« verbunden. Seit Jahren exportiert China mehr, als es importiert. Mit diesen enormen Handelsbilanzüberschüssen (allein im Oktober 2008 waren es 35,2 Milliarden US-Dollar) füllt China seine Währungsreserven. 65 bis 70 Prozent davon dürften in Treasuries (Schatzbriefen) angelegt sein.¹⁷⁷ So hält China den Kurs des Yuan zum US-Dollar künstlich niedrig. China bezahlt die Treasuries mit Yuan und *sterilisiert* somit die Überschüsse, die sonst zu einer Aufwertung führen würden. Der billige Yuan hilft Chinas Exporteuren. Die hohe Nachfrage nach Treasuries hielt die Zinsen in den USA niedrig und damit die Kredite billig, mit denen die USA ihren Lebensstil, den »*American way of life*«, finanzierten.¹⁷⁸ Es gibt jedoch weiterhin kein größeres Risiko für China als einen starken Anstieg der US-Inflation.¹⁷⁹ Die Treasuries würden schlagartig an Wert verlieren. Somit sitzen China und die USA »*im gleichen Boot*«. ¹⁸⁰

Aufgrund der weltweiten Finanzprobleme hätten China und die USA keine andere Wahl, als eng miteinander zu kooperieren. US-Außenministerin Hillary Clinton stellte anlässlich ihres Staatsbesuches in China im Februar 2009 klar:¹⁸¹ »*We are truly going to rise or fall together. We are in the same boat.*«¹⁸² Die wirtschaftliche Abhängigkeit der USA von China ist äußerst groß: Clinton warb bei ihrem China-Besuch vom Februar 2009 bei Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao, Premier Wen Jiabao und bei ihrem Amtskollegen Yang Jiechi um weiteres Geld. China legt einen Großteil der Devisenreserven (gut zwei Billionen US-Dollar) in US-Bonds an und finanziert auf diese Weise die Schulden der USA. Als größter Kreditgeber der USA hatte China rund 585 Milliarden US-Dollar in US-Schatzbriefen (*Treasuries*) angelegt. Dass dies so weitergeht, sei auch im Interesse Chinas, erklärte Clinton:

176 Aus: Thomas Seifert, Was bringt 2009? Blessuren, aber keine Verletzungen für »Chindia«, in: *Die Presse*, 29.1.2009, S. 2.

177 Aus Oliver Grimm, China: was tun mit zwei Bio. Dollar?, in: *Die Presse*, 1.12.2008, S. 1.

178 So der deutsche Ökonom Moritz Schularick von der Freien Universität Berlin, in: ebenda.

179 Ebenda.

180 Ebenda.

181 Aus: Jutta Lietsch, »Zusammen aufsteigen oder untergehen«, in: *Die Presse*, 23.2.2009, S. 5.

182 Hillary Rodham Clinton, Dragon TV Interview, Beijing, China, February 20, 2009.

»Unsere Wirtschaften sind stark verflochten. Die Chinesen wissen, dass sie nur dann in ihren größten Markt, die USA, exportieren können, wenn die USA sehr drastische Maßnahmen ergreifen; was bedeutet, dass wir uns noch weiter verschulden müssen.«¹⁸³

Da US-Kunden das Geld ausgeht, brachen Chinas Ausfuhren in die USA ziemlich ein. Im Januar 2009 verkauften chinesische Firmen zehn Prozent weniger Waren in die USA als im Januar 2008. Für China sind dadurch auch mehrere Millionen Arbeitsplätze gefährdet bzw. auch vernichtet worden. Chinesische Finanzpolitiker befürchten, dass der US-Dollar weiterhin noch an Wert verlieren könnte. US-Finanzminister Timothy Geithner hatte Chinas Regierung zudem vorgeworfen, den Wert ihrer Währung zu manipulieren, um Exporte in die USA äußerst billig zu halten.

US-Großunternehmen investieren nach wie vor in großem Stil in China: So gab im März 2009 der US-Getränkeproduzent Coca-Cola bekannt, weitere zwei Milliarden US-Dollar bis 2012 zu investieren. Seit 1979 investierte Coca-Cola 1,6 Milliarden US-Dollar in den chinesischen Markt.¹⁸⁴ Dieses neue Vorhaben der US-Getränkefirma hat der chinesische Staat verhindert, der Grund: Verhinderung eines Monopols. Stattdessen hat der chinesische Fruchtsafthersteller *Huiyuan* den Zuschlag bekommen, mehr zu investieren.¹⁸⁵

Einen gemeinsamen Anlauf wollen die zwei größten Klimasünder der Welt beim Bau von umweltfreundlichen Fabriken, Kraftwerken und Verkehrsmitteln machen, kündigte Hillary Clinton an: »Wir wollen, dass China wächst und die Chinesen einen sehr guten Lebensstandard haben.«¹⁸⁶ Allerdings: »Wir hoffen, dass Sie nicht dieselben Fehler wie wir machen.«¹⁸⁷ Das könne sich weder China noch die Welt leisten.

Vor ihrer Ankunft in Peking hatte Clinton im Februar 2009 erklärt, dass sie heikle Themen wie Menschenrechte, Tibet und Religionsfreiheit nicht in den Vordergrund stellen möchte, damit die Gespräche auf die Themen Wirtschaft und Umweltschutz fokussiert werden können.¹⁸⁸ Fortbestehende Meinungsverschiedenheiten über diese heiklen Fragen werden, so Clinton, die enge Zusammenarbeit mit China nicht beeinflussen.¹⁸⁹ Dass jedoch der erste Besuch von Hillary Clinton als Außenministerin vier asiatischen Staaten gegolten hatte, deutet eine strategische Schwerpunktverlagerung der US-Außenpolitik an. Bisher

183 Aus: Jutta Lietsch, »Zusammen aufsteigen oder untergehen«, in: *Die Presse*, 23.2.2009, S. 5.

184 Aus: Patti Waldmeir, Coca-Cola in new China push, in: *Financial Times*, March 7, 2009, S. 9.

185 Aus: James Quitter, Chinese Government blocks Coca-Cola's billion dollar bid for juice company, Brand Republic, March 18, 2009, 09:15, <http://www.brandrepublic.com>, ausgedruckt am 22.5.2009.

186 Aus: Jutta Lietsch, »Zusammen aufsteigen oder untergehen«, in: *Die Presse*, 23.2.2009, S. 5.

187 Ebenda.

188 Aus: Jutta Lietsch, »Zusammen aufsteigen oder untergehen«, in: *Die Presse*, 23.2.2009, S. 5.

189 Aus: Johnny Erling, Clinton rückt von Menschenrechtsfragen ab, in: *Der Standard*, 23.2.2009, S. 4.

war in der Regel Europa das erste Reiseziel von US-Außenministern. Die US-Wirtschaft ist heute so eng wie nie zuvor mit jener Chinas verflochten.

Im April 2009 stiegen in China die Anlagen-Investitionen bereits um 25 Prozent an, auch der Einzelhandel verzeichnet Wachstum. Die Börsenindizes in Shanghai und Shenzhen waren im ersten Quartal 2009 um mehr als 30 Prozent gestiegen, und Zeichen der Erholung existieren sogar am chinesischen Immobilienmarkt.¹⁹⁰ Die Wahrscheinlichkeit, dass in China das Bruttoinlandsprodukt von acht Prozent wächst, ist wieder größer geworden.

Gemäß den Ausführungen von Songzuo Xiang, Vorstandsvorsitzender des chinesischen Mobilfunkunternehmens »Hurray!« in Peking und Ökonomieprofessor an der Universität Huazhong in Wuhan, haben Chinas Politiker aus der Weltfinanzkrise zwei äußerst relevante Lehren gezogen:

Für eine derart große und bevölkerungsreiche Volkswirtschaft wie China ist es kein verlässlicher Weg, Produkte an den unersättlichen, verschwenderischen US-Konsumenten zu schicken. Die Krise hat die Verletzlichkeit und die Schwäche des bisherigen chinesischen Wachstumsmodells schonungslos offengelegt. Die Belebung der Inlandsnachfrage ist daher zur ersten Priorität chinesischer Wirtschaftspolitik geworden, was im Gegenzug vor allem die Revision von Sozialversicherung, Gesundheitsfürsorge¹⁹¹, Bildung, Einkommensverteilung und Steuersystem verlangt.

Die Hegemonie des US-Dollars, mit seiner eingebauten Asymmetrie, ist der fundamentale Grund der Finanzkrise seit 2008. Die chinesische Führung hat den Kampf mit der Weltwährung aufgenommen und erkannt, dass der US-Dollar-Standard langfristig Chinas Wirtschaft mehr schaden als nutzen wird. Insbesondere sorgt sich die politische Führung in Peking sehr über einen möglichen enormen Verlust bei ihren auf den US-Märkten angelegten Devisenreserven.¹⁹²

Der Kern jedes Währungsstandards besteht darin, allgemeine Kaufkraft zu schaffen. Das hegemoniale Wesen des US-Dollar-Standards bedeutet, dass die USA unbegrenzt internationale Kaufkraft erzeugen und Güter, Ressourcen, Firmen, Banken und sogar Humankapital überall in der Welt kaufen können, allein nur mit Papiergeld. Dies ist der Grund, warum sich Präsident Hu bei den G-20-Gipfeltreffen in Washington und London für eine multinationale Währungsordnung und Währungszusammenarbeit eingesetzt hatte.¹⁹³

190 Aus: Songzuo Xiang, Langer Marsch, nächste Etappe, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2009, S. 2.

191 Der Staatsrat leitete 2008 eine Reform für eine elementare Krankenversicherung ein, die 90 Prozent der Bevölkerung bis 2011 zugute kommen soll. Bis 2011 sollen alle zentralen und regionalen Behörden dafür 850 Milliarden Yuan (rund 95 Milliarden Euro) investieren. Aus: Johnny Erling, Globaler Wachstumsmotor China stottert in der Krise, in: *Der Standard*, 23.1.2009, S. 19.

192 Aus: Songzuo Xiang, Langer Marsch, nächste Etappe, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2009, S. 2..

193 Ebenda.

Chinas Nationalbankgouverneur Zhou Xiaochuan hatte angeregt, die Sonderziehungsrechte (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) als »Weltwährung« wiederzubeleben. Brasilien, Indien, Südkorea und Südafrika würden diesen Vorschlag unterstützen. Das Instrument der SZR wurde 1969 vom IWF eingeführt, um zusätzliche Liquidität für das internationale Finanzsystem zu schaffen – damals auf Goldbasis. Zwei Jahre später fiel dieses System von Bretton Woods. Somit wurden auch die SZR bedeutungslos.¹⁹⁴ Aktuell dienen die SZR als Rechnungsgröße für die Buchführung des IWF mit seinen Mitgliedstaaten. Der Wechselkurs eines SZR ist durch einen Währungskorb wichtiger Weltwährungen definiert. Der Wert der SZR errechnet sich täglich aus US-Dollar, Euro, Pfund und Yen und wird in US-Dollar ausgedrückt.¹⁹⁵ Am höchsten gewichtet ist der US-Dollar, in dem stets noch zwei Drittel aller Devisenreserven gehalten werden.

Die Welt kauft die US-Staatsanleihen, was den USA ermöglicht, das Leben der amerikanischen Bürger auf Kredit zu finanzieren und in der Krise frisch gedrucktes Geld in die marode Wirtschaft zu pumpen. China ist der dankbarste Käufer der US-Schatzscheine. Ufern die US-Staatsschulden aus, droht eine hohe Inflation, und Chinas Staatsschatz würde immer weniger an Wert verlieren. Diese Gefahr würde bei einer zentralen Währung wegfallen. Die USA könnten sich somit auch nicht derart leicht verschulden. Der IWF müsste die neue Währung kontrollieren und dürfte ihre Menge ausschließlich im Einklang mit dem globalen Wachstum erhöhen. Das würde die neue Währung zu einer höchst sicheren Wertanlage machen. Davon könnten alle profitieren – außer die USA und China. Denn verliert der US-Dollar an Bedeutung, verliert er an Wert – und mit ihm Pekings Währungsreserven. In einem derartig repräsentativen Währungskorb würde auch der Yuan gehören. Dafür müsste China seine heimlich kontrollierte Währung freigeben. Die Führung hat jedoch daran kein Interesse, belebt doch ein überbewerteter Yuan ihre Exporte.

Laut Einschätzung des deutschen Ökonomen Moritz Schularick von der Freien Universität Berlin wird China der größte Finanzier der USA bleiben – jedoch mit einem relevanten Unterschied: »Die Defizite verschieben sich von den privaten Haushalten zum öffentlichen US-Haushalt.«¹⁹⁶ Laut Aussagen der chinesischen Staatsführung benötigt China ein Plus von mindestens acht Prozent, um den Arbeitsmarkt stabil halten zu können. Chinas Wirtschaft ist in den letzten 30 Jahren um durchschnittlich 9,8 Prozent gewachsen. Somit hatte die politische Führung in Peking im Spätherbst 2008 ein Konjunkturpaket in Höhe von vier Billionen Yuan (460 Milliarden Euro) bewilligt mit folgenden Zielen: Schaffung von neun Millionen Arbeitsplätzen durch Investitionen in die Infrastruktur, Ankurbelung der

194 Aus: Karl Gaulhofer, Der chinesische Traum von einer neuen Leitwährung, in: *Die Presse*, 28.3.2009, S. 2.

195 Aus: Arnaud Zacharie, Krisengewinnler IWF, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2009, S. 9.

196 Aus: Oliver Grimm, China: was tun mit zwei Bio. Dollar?, in: *Die Presse*, 1.12.2008, S. 1.

Binnennachfrage zur Wiederbelebung der Produktion, die durch deutlich weniger Exporte eingebrochen ist.¹⁹⁷ Da auch die Sozialausgaben steigen, wird 2009 ein Rekorddefizit im Staatshaushalt vermutet (Höhe: 950 Milliarden Yuan, 102 Milliarden Euro), die mit Abstand höchste Neuverschuldung seit der Staatsgründung der Volksrepublik im Jahr 1949. Dennoch beträgt Chinas Staatsverschuldung nur 18 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Trotz landesweit aufflammender Demonstrationen¹⁹⁸ gegen Betriebsschließungen, Korruption und Behördenwillkür gibt es noch keine Indizien dafür, dass die Proteste in Massenaufuhr umschlagen könnten. Einen enormen Anstieg der Arbeitslosenrate in China gab es auch in Folge der Reform der Staatsbetriebe 1996 bis 2002, circa 60 Millionen Chinesen verloren damals ihren Arbeitsplatz. Landesweite Unruhen gab es damals jedoch nicht, die Arbeitslosen kamen vor allem in der Schattenwirtschaft unter.¹⁹⁹

Asien befindet sich trotz der Finanzkrise wirtschaftlich dennoch auf einer gewaltigen Überholspur. Was das Verhältnis EU, USA, China und Indien betrifft, haben die EU und die drei zuvor genannten Staaten folgenden Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt von 70,7 Milliarden US-Dollar: EU (15 Milliarden US-Dollar), USA (14,6 Milliarden US-Dollar), China (7,8 Milliarden US-Dollar) und Indien (3,3 Milliarden US-Dollar).²⁰⁰ Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt in den USA 48.000 US-Dollar, in der EU 34.000 US-Dollar, in China 6100 US-Dollar sowie in Indien 2900 US-Dollar. Die Lebenserwartung ist in der EU am höchsten (80,2 Jahre), gefolgt von den USA (77,8 Jahre), China (73,0 Jahre) und Indien (63,2 Jahre). Die Internetverbreitung ist in den USA mit 72,6 Prozent am höchsten, gefolgt von der EU (50,2 Prozent), China (18,9 Prozent) und Indien (6,9 Prozent). Der Alphabetisierungsgrad ist in der EU mit 98 Prozent am höchsten, gefolgt von den USA (97 Prozent), China (86 Prozent) und Indien (60 Prozent).²⁰¹ In China ist die Mittelschicht – sie entstand in den 1990er Jahren – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung noch sehr dünn. Die Mittelschicht ist die »treibende Kraft von morgen«. Sie ist urban, gebildet und repräsentiert den »kleinen Wohlstand«, den Besitz einer eigenen Wohnung, eines eigenen Autos, Urlaubsreisen und auch öfters ein Essen im Restaurant. Wie groß die Mittelschicht ist, weiß niemand so genau. Geschätzt wird deren Anzahl 2009 auf 300 bis 350 Millionen Menschen.²⁰² Die Zahl der Arbeitskräfte in China betrug Anfang 2009

197 Aus: Burkhard Bischof, Willkommen in der asiatischen Welt, in: *Die Presse*, 28.3.2009, S. 1.

198 Die Anzahl der sozialen Unruhen wird von Eberhard Sandschneider von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik auf jährlich über 100.000 geschätzt. Aus: Christian Gattringer, »Peking spielt uns gegeneinander aus«, Interview mit Eberhard Sandschneider, in: *Die Presse*, 6.12.2008, S. 7.

199 Aus: Oliver Grimm, China: was tun mit zwei Bio. Dollar?, in: *Die Presse*, 1.12.2008, S. 1.

200 Quelle: CIA World Factbook, OECD, veröffentlicht in: Mächte im Vergleich, *Die Presse*, 28.3.2009, S. 3.

201 Zahlen aus: Ebenda.

202 Aus: Jean-Louis Rocca, Die Unpolitischen, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2009, S. 22.

ca. 700 Millionen Menschen.²⁰³ Die Zahl der Wanderarbeiter wird in China auf ca. 200 Millionen Menschen geschätzt, davon sind 20 Prozent derzeit ohne Beschäftigung.²⁰⁴

12. Schlussfolgerungen

Die Volksrepublik China wird zunehmend zu einem weltpolitischen Akteur. Deren Regierung beeinflusst nicht nur aufgrund der Größe des Landes die ostasiatische Region und ebenso vermehrt globale ökonomische wie auch sicherheitspolitische Abläufe. Die Volksrepublik baut ihre Militär- und Wirtschaftsbeziehungen weltweit aus. So besuchten chinesische Militärdelegationen regelmäßig Südostasien, Afrika sowie auch Lateinamerika. Erstmals in der Geschichte der chinesischen Marine umrundete im Jahr 2002 ein kleiner Flottenverband die Welt und besuchten Singapur, Ägypten, die Türkei, die Ukraine, Griechenland, Portugal, Brasilien, Ecuador und Peru. Zudem baute China seine Handelsbeziehungen zu Brasilien, Ägypten, dem Sudan, Nigeria und Südafrika massiv aus. Der Handel zwischen Brasilien und China stieg im Jahr 2003 um 69 Prozent auf 6,7 Milliarden US-Dollar an, allein im ersten Halbjahr 2004 um weitere 40 Prozent.²⁰⁵ Für China ist hier der Import von brasilianischem Stahl relevant. Zudem wurden die chinesischen Direktinvestitionsvolumen in den jeweiligen Ländern enorm erhöht.

China baut vor allem seine Beziehungen mit den Staaten Afrikas gezielt aus. Der Einladung nach Peking folgten im November 2006 anlässlich des Afrika-Gipfels Staatschefs und Diplomaten aus 48 Ländern. Die chinesische Staatsführung hatte kurz danach 33 afrikanischen Regierungen bis Ende 2007 einen Teil ihrer Schulden erlassen. Zudem wurden nach Afrika neue Kredite im Wert von drei Milliarden US-Dollar vergeben.²⁰⁶ In Afrika geht es China insbesondere um die Sicherung von Öl, Gas, Uran und Erzen. China verkauft im Gegenzug Textilien, Haushaltsgeräte und Elektronik. 100.000 Chinesen sind in den letzten Jahren nach Afrika gezogen, um Handel zu treiben, Restaurants zu führen und kleine Unternehmen aufzubauen. Hunderttausende Wanderarbeiteter sind auf Baustellen in Afrika beschäftigt. Öllieferverträge existieren mit Angola, Gabun, Kenia, Nigeria und dem Sudan.²⁰⁷ Über die Hälfte der sudanesischen Ölexporte fließen in die Volksrepublik.

203 Aus: Christian Gattringer, »Peking spielt uns gegeneinander aus«, Interview mit Eberhard Sandschneider, in: *Die Presse*, 6.12.2008, S. 7; sowie: Johnny Erling, Globaler Wachstumsmotor China stottert in der Krise, in: *Der Standard*, 23.1.2009, S. 19; und Jean-Louis Rocca, Die Unpolitischen, in: *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, Mai 2009, S. 22.

204 Aus: Jean-Louis Rocca, Die Unpolitischen, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2009 S. 22.

205 Aus: Guillermo R. Delamer, Lyle J. Goldstein, Jorge Eduardo Malena, Gabriela E. Porn, Chinese Interests in Latin America, in: Paul D. Taylor (ed.), *Latin American Security Challenges. A Collaborative Inquiry from North and South*, Naval War College Newport Papers 21, S. 79–102, S. 88.

206 Ebenda.

207 Ebenda.

Chinas Rüstungsfabriken sind die Hauptlieferanten von Panzern, Bombern und Raketen, mit denen die Regierung in Khartum Konflikte im eigenen Land und im Tschad austrägt. Seit 2000 hat sich Chinas Handel mit Afrika mehr als verdreifacht. China schloss seither mehr als 40 Öllieferverträge. Zu den wichtigsten Aufgaben der chinesischen Staatsführung gehört, ihrem Land im internationalen Wettbewerb den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Bis 2010 dürfte Chinas Bedarf an Eisenerz, Kupfer, Nickel und Aluminium auf 40 Prozent des globalen Verbrauchs steigen.²⁰⁸

China wetteifert mit Japan, Indien und der USA um fossile Ressourcen, vor allem in Afrika, im Mittleren Osten und im Ostchinesischen Meer. All diese Staaten sind enorm von Öl- und Gasimporten abhängig. Die Beziehungen zwischen China und seinen Nachbarn in Ostasien werden ökonomisch immer verflochtener. Die Volksrepublik China ist vor allem Japans bedeutendster Handelspartner. Japan ist drittgrößter Investor in China, was wiederum ein Garant für die Stabilität in der Region sein könnte. Die engen ökonomischen Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik tragen ebenso zur Stabilität der Region bei. Was Nordkorea betrifft, ist China bestrebt, einerseits einen neuen Konflikt zu vermeiden, bei dem sich Truppen aus den USA und China gegenüberstehen, sowie andererseits die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel durchzusetzen.

Das wirtschaftliche Wachstum der Volksrepublik war bis 2008 mit fast durchschnittlich zehn Prozent exorbitant. Die Volksrepublik benötigt jedoch ein Wachstumsmodell, das weniger Energie verschwendet als die USA und zugleich die gewaltigen sozialen Probleme in den Griff bekommt. Weite Teile der chinesischen Bevölkerung leben in Armut, die Arbeitsbedingungen sind oft katastrophal. Zudem sind die ökologischen Herausforderungen für China ziemlich groß, wie die Luftverschmutzung, die Bodenerosion – 27 Prozent der Fläche Chinas sind bereits Wüste, jährlich kommen 2500 Quadratkilometer dazu – und der Mangel an sauberem Trinkwasser. Diese Umweltprobleme gilt es akut zu lösen, »sonst wäre jeder Traum von der Weltmacht China schon in ein paar Jahren ausgeträumt«.²⁰⁹ 16 der 20 Städte mit der weltweit größten Luftverschmutzung liegen mittlerweile in China.²¹⁰

China ist das größte Entwicklungsland der Welt. Die Regierung in Peking betont jedoch, dass der Aufstieg Chinas niemanden bedrohen soll. Die friedliche Entwicklung des Landes sei demnach der unvermeidbare Weg für die Modernisierung Chinas mit dem Ziel »... to build a harmonious world of sustained peace and common prosperity«.²¹¹

208 Zahlen aus: Jutta Lietsch, Der Heißhunger des Gelben Drachen, in: *Die Presse*, 15.4.2006, S. 2.

209 So Burkhard Bischof, Neue Weltmacht China, in: *Die Presse*, 15.4.2006, S. 1.

210 Aus: Oliver Grimm, Wenn Rekordwachstum zur Last wird, in: *Die Presse*, 29.1.2007, S. 17.

211 Aus: White Paper: China's Peaceful Development Road. The State Council Information Office, People's Republic of China, Beijing, December 2005, S. 1 und 2.

»Peace, opening-up, cooperation, harmony and win-win are our policy, our idea, our principle and our pursuit. To take the road of peaceful development is to unify domestic development with opening to the outside world, linking the development of China with that of the rest of the world, and combining the fundamental interests of the Chinese people with the common interests of all peoples throughout the world. China persists in its pursuit of harmony and development internally while pursuing peace and development externally ...«²¹²

Für China ist es äußerst wichtig, sich umfassend zu öffnen, um das »Tiananmen-Platz-Syndrom« nach 1989 loszuwerden. Die Olympischen Spiele im August 2008 in Peking hatten insbesondere zum Ziel, das neue Image Chinas als dynamisch wirtschaftliches sowie als scheinbar gesellschaftlich offenes Land hervorzuheben.

Aufgrund der günstigen Lohnkosten hat sich die Volksrepublik vor allem auf den Export arbeitsintensiver Konsumgüterindustrie spezialisiert, Indien hingegen schuf sich einen Namen als IT- und Dienstleistungsstandort bei ausländischen Unternehmen. Indiens Industrieexporte machen gerade 15 Prozent der chinesischen Ausfuhren aus.²¹³ In naher Zukunft ist es nicht auszuschließen, dass China bald auch auf dem IT- und Dienstleistungssektor enorm aufholen wird.

Fortschritt ist nach Ansicht der derzeitigen chinesischen politischen Führung auch ohne Freiheit möglich. Einige US-Geopolitiker sehen den Aufstieg China äußerst skeptisch:

»The rise of China will undoubtedly be one of the great dramas of the twenty-first century. China's extraordinary economic growth and active diplomacy are already transforming East Asia ...«²¹⁴

China ist zwar politisch bestrebt, als ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied den rasanten ökonomischen Aufstieg friedlich zu untermauern. Es bleibt jedoch unbestritten, dass China auf dem Weg ist, eine Supermacht zu werden – mit allen geopolitischen Ambitionen:

»Mittel- und langfristig freilich bleiben die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, das löchrige Sozialnetz, die offenbar unausrottbare Korruption, die Umweltverschmutzung, die Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen, das gespannte Verhältnis der Zentrale

212 Ebenda, S. 2.

213 Aus: Christiane von Hardenberg, Indien fordert Fair Play von China, in: *Financial Times Deutschland*, 15.1.2008, S. 13.

214 Aus: G. John Ikenberry, The Rise of China and the Future of the West, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008, S. 23–37, S. 23.

zu den Provinzen an der Peripherie (Tibet, Xinjiang), potenzielle Hindernisse für die Entwicklung Chinas zur Supermacht.«²¹⁵

China ist bereits seit 2008 drittgrößte Wirtschaftsmacht. Es bleibt eine Frage der Zeit, bis auch Indien zur obersten Liga der Wirtschaftsmächte zählt. China, USA, Indien, Japan – in dieser Reihenfolge soll gemäß einer Goldmann-Sachs-Prognose zu den Wirtschaftsmächten 2050 die Liste der wirtschaftlich stärksten Staaten der Erde lauten.²¹⁶ China versucht, ökonomisch, politisch und militärisch seinen Einfluss weltweit auszubauen. Indiens Außenminister Pranab Mukherjee meinte diesbezüglich über China: »*Today's China seeks to further her interests more aggressively than in the past, thanks to the phenomenal increase of her capacities after thirty years of reforms.*«²¹⁷

215 Aus: Burkhard Bischof, Willkommen in der asiatischen Welt, in: *Die Presse*, 28.3.2009, S. 1.

216 Ebenda.

217 Aus: Address by Mr. Pranab Mukherjee, Hon'ble Minister for External Affairs at National Defence College, New Delhi, 3rd November 2008. India's Security Challenges and Foreign Policy Imperatives, <http://www.meaindia.nic.in/Speech/2008/11/03ss01.htm>, ausgedruckt am 4.11.2008.

Literaturverzeichnis

- Berger*, Sabine: EU: 170 Milliarden € Handelsdefizit mit China, in: *Wirtschaftsblatt*, 18.5.2009, 21:34 Uhr, <http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/374935/index.do>, ausgedruckt am 20.5.2009.
- Bischof*, Burkhard: Neue Weltmacht China, in: *Die Presse*, 15.4.2006, S. 1.
- Bischof*, Burkhard: Zentralasiatischer Fußtritt für die USA, in: *Die Presse*, 19.2.2009, S. 2.
- Bischof*, Burkhard: Chinas Geheimnistuerei wird militärisches Risiko, in: *Die Presse*, 27.3.2009, S. 8.
- Bischof*, Burkhard, Willkommen in der asiatischen Welt, in: *Die Presse*, 28.3.2009, S. 1.
- Brettner-Messler*, Gerald: Neues Weißbuch aus China, in: *Der Soldat*, 29.4.2009, S. 8.
- Brill*, Heinz: Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 5/2002, S. 539–546.
- Delamer*, Guillermo R./*Goldstein*, Lyle J./*Malena*, Jorge Eduardo/*Porn*, Gabriela E., Chinese Interests in Latin America, in: *Taylor*, Paul D. (ed.), *Latin American Security Challenges. A Collaborative Inquiry from North and South*, Naval War College Newport Papers 21, S. 79–102.
- Erling*, Johnny: Globaler Wachstumsmotor China stottert in der Krise, in: *Der Standard*, 23.1.2009, S. 19.
- Erling*, Johnny: Clinton rückt von Menschenrechtsfragen ab, in: *Der Standard*, 23.2.2009, S. 4.
- Fuker*, Michael: Die ASEAN-Charter. Stückwerk des regionalen Integrationsprozesses, AIES Fokus 3/2009, herausgegeben vom Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES), Maria Enzersdorf 2009.
- Gattringer*, Christian: »Peking spielt uns gegeneinander aus«, Interview mit Eberhard Sandschneider, in: *Die Presse*, 6.12.2008, S. 7.
- Gaulhofer*, Karl: Der chinesische Traum von einer neuen Leitwährung, in: *Die Presse*, 28.3.2009, S. 2.
- Gorst*, Isabel: Japan and Kazakhstan sign pact on atomic energy, in: *Financial Times*, 29.8.2006, S. 2.
- Gräfe*, Frank: Chinas innenpolitische Herausforderungen, in: *Europäische Sicherheit* 1/2005, S. 18–24.
- Greber*, Wolfgang: »Erwägen bemannten Marsflug mit USA, Europa«, in: *Die Presse*, 25.6.2007, S. 8.
- Grimm*, Oliver: Chinas Volkswirtschaft überholt Großbritannien, in: *Die Presse*, 21.12.2005, S. 19.
- Grimm*, Oliver: Wenn Rekordwachstum zur Last wird, in: *Die Presse*, 29.1.2007, S. 17.
- Grimm*, Oliver: China: was tun mit zwei Bio. Dollar?, in: *Die Presse*, 1.12.2008, S. 1.
- Hainzl*, Gerald: Sudan – Zwischen Krieg ... und Frieden, IFK Aktuell I/05 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik, hrsg. vom Institut für Friedenssicherung und

- Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie, Wien, im April 2005.
- von *Hardenberg*, Christiane: Indien fordert Fair Play von China, in: *Financial Times Deutschland*, 15.1.2008, S. 13.
- Hornig*, Frank/*Wagner*, Wieland: Duell der Giganten, in: *Der Spiegel* 32/2005, S. 74–88.
- Ikenberry*, G. John: The Rise of China and the Future of the West, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008, S. 23–37.
- Kaplan*, Robert: Center Stage for the 21st Century: Rivalry in the Indian Ocean, March 16, 2009, Real Clear Politics, <http://www1.realclearpolitics.com>, ausgedruckt am 17.3.2009.
- Kleine-Ahlbrandt* Stephanie/*Small*, Andrew: China's New Dictatorship Diplomacy. Is Beijing Parting With Pariahs?, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008, S. 38–56.
- Köhler*, Angela: Japan verabschiedet sich vom Pazifismus, in: *Die Presse*, 11.12.2004, S. 9.
- Köhler*, Angela: Japan: Weg mit den Fesseln, auf zur Weltmacht, in: *Die Presse*, 23.12.2005, S. 5.
- Köhler*, Angela: Globale Krise schmiedet drei Rivalen zusammen, in: *Die Presse*, 15.12.2008, S. 4.
- Kynge*, James: China Shakes the World. The Rise of a Hungry Nation, Phoenix Publishers, London 2007.
- Landesverteidigungsakademie/Institut für Strategie und Sicherheitspolitik* (Hg.): Begleitinformationen zur Nutzung des Weltraums: Akteure und Positionen, zusammengestellt von Thomas Windholz und Norbert Frischauf, Wien 2007.
- Lietsch*, Jutta: Der Heißhunger des Gelben Drachen, in: *Die Presse*, 15.4.2006, S. 2.
- Lietsch*, Jutta: Reden mit Bush, Abendessen mit Gates, in: *Die Presse*, 19.4.2006, S. 7.
- Lietsch*, Jutta: Chinas neue Rolle auf den Weltmeeren, in: *Die Presse*, 24.12.2008, S. 6.
- Lietsch*, Jutta: »Zusammen aufsteigen oder untergehen«, in: *Die Presse*, 23.2.2009, S. 5.
- Lietsch*, Jutta: Ein Gespenst sucht China heim: Arbeitslosigkeit, in: *Die Presse*, 5.3.2009, S. 8.
- Mann*, Otto: China erhöht Militärausgaben, in: *Die Presse*, 5.3.2005, S. 4.
- Mann*, Otto: Kriegsdrohung gegen Taiwan per Gesetz, in: *Die Presse*, 9.3.2005, S. 7.
- Mann*, Otto: Magere Ernte für Rice in Peking, in: *Die Presse*, 22.3.2005, S. 6.
- Martin*, Jeremy: CNOOC, Chevron and Unocal: Mergers, money, politics, in: *The San Diego Union-Tribune*, August 5, 2005, <http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20050805/news/z1e5martin.html>, ausgedruckt am 20.5.2009.
- Maull*, Hanns W. / *Maull* Ivo M.: Im Brennpunkt: Korea, Verlag C.H. Beck, München 2004.
- Michel*, Serge/*Beuret*, Michel: La Chinafrique. Pékin à la conquête du continent noir. Editions Grasset & Fasquelle, Paris 2008.
- Minnick*, Wendell: China speeds ICBM Plans, in: *Defense News*, July 10, 2006, S. 1.
- Minnick*, Wendell: Fortress Formosa? Taiwan Strategy Under Attack, in: *Defense News*, October 20, 2008, S. 28.

- Minnick, Wendell*: Closer China-Taiwan Ties Point to Change in 2009, in: *Defense News*, December 15, 2008, S. 31
- Minnick, Wendell*: Taiwan's QDR Reveals Rift, in: *Defense News*, March 23, 2009, S. 1 und S. 20.
- Minnick, Wendell*: Chinese Continue Modernization Push, in: *Defense News*, April 20, 2009, S. 12.
- Neidhart, Christoph*: Das japanische Tabu, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2009, S. 4.
- Pang, Zhongying*, On Sino-Europe »strategic partnership«, in: *International Review*, herausgegeben vom Shanghai Institute for International Studies, Spring 2007, Volume 46, S. 1–19.
- Pasztor, Andy*: Eutelsat to launch satellite on Chinese rocket in 2010, in: *The Wall Street Journal*, February 25, 2009, S. 4.
- People's Republic of China*: White Paper: China's Peaceful Development Road. The State Council Information Office, Beijing, December 2005.
- Quitter, James*: Chinese Government blocks Coca-Cola's billion dollar bid for juice company, Brand Republic, March 18, 2009, 09:15, <http://www.brandrepublic.com>, ausgedruckt am 22.5.2009.
- Raghuvanshi, Vivek*: Experts: India Must Counter China in Littorals, in: *Defense News*, January 12, 2009, S. 14.
- Rocca, Jean-Louis*: Die Unpolitischen, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2009, S. 22.
- Schreer, Benjamin*: Entwicklungsperspektiven des amerikanischen Verteidigungshaushaltes, aus: *Europäische Sicherheit* 4/2005, S. 66-67.
- Seifert, Thomas*: Was bringt 2009? Blessuren, aber keine Verletzungen für »Chinindia«, in: *Die Presse*, 29.1.2009, S. 2.
- Smith, Marcia S.*: China's Space Program: An Overview, CRS Report for Congress, Order Code RS21641, Updated January 31, 2006.
- State Council Information Office of the Chinese Government*, White Paper: China's National Defense in 2008, Published: January 20, 2009, <http://www.china.org.cn>, ausgedruckt am 22.1.2009.
- The White House*, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, March 2006.
- Tkacik, John J., Jr.*: A Chinese Military Superpower?, in: *WebMemo*, herausgegeben von der Heritage Foundation, Nr. 1389, 8.3.2007.
- United Nations Conference on Trade and Development*, World Investment Report, Country fact sheet China, 25 September 2008.
- Vatikiotis, Michael*: U.S. sights are back on China, in: *International Herald Tribune*, 7.6.2005, S. 9.
- Waldmeir, Patti*: Coca-Cola in new China push, in: *Financial Times*, March 7, 2009, S. 9.

- Windisch*, Elke: China und Russland lassen die Muskeln spielen, in: *Die Presse*, 18.8.2005, S. 5.
- Xia*, Liping: Development of Nuclear Weapon-free Zones: Experiences for Establishment of Nuclear Weapon-free Korean Peninsula, in: *International Review*, herausgegeben vom Shanghai Institute for International Studies, Spring 2007, Volume 46, S. 72–83.
- Xiang*, Songzuo: Langer Marsch, nächste Etappe, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4.2009, S. 2.
- Zacharie*, Arnaud: Krisengewinnler IWF, in: *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, Mai 2009, S. 9.